Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., um Reklameteil 80 Pfg., für Ehrenanzeigen u. Nachmäkungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit dem wöchentlich 3maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 267 — Donnerstag den 25. November 1920 — 47. Jahrg.

Gefahren für die Besoldung der Gemeindebeamten.

Von Oberbürgermeister Dr. Külz, M. d. R.

Das Gewissen ist durch den Krieg und durch die Revolution nicht nur bei sehr vielen Menschen weiter geworden, sondern auch bei so manchen Körperschaften des öffentlichen Rechts, bei Staaten, Städten und Gemeinden. Diese Tatsache macht sich auch in der Beamtenbesoldung bemerkbar. Die vom Reich im Besoldungsgesetz angestrebte Gleichmäßigkeit in den Grundzügen der Besoldung aller öffentlichen Beamten wurde von einzelnen Ländern und Gemeinden in Krupelloser Weise durchbrochen. Diese Mißerscheinungen mit all ihren unliebsamen Folgen für die Finanzen des Reiches mußten unbedingt bekämpft werden. Die Regierung versucht dies mit einem soeben im Reichstag in erster Lesung behandelten Gesetz zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung. Der Versuch erweist sich im wesentlichen als ein solcher mit untauglichen Mitteln. Selten ist ein Kind gründlicher mit dem Bade ausgeschüttet worden, als dies hier geschieht. Die Beamtenbesoldungen der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften werden alle in einen Topf geworfen; alles um der lieben „Gleichmäßigkeit" willen in der Besoldung. Dabei wird vollkommen verkannt, daß Gleichmäßigkeit nur dort angestrebt werden kann, wo Gleichwertigkeit vorliegt. Zwischen Reichsbeamten und Staatsbeamten der einzelnen Länder wird diese Gleichartigkeit in weitem Umfange, wenn auch nicht restlos, vorhanden sein; zwischen Reichsbeamten und Gemeindebeamten besteht die möglichste Verschiedenartigkeit. Aus der Verkennung dieser Tatsache kommt das Gesetz zu Folgerungen, die von den schwersten Gefahren für die Gemeindebeamten und die Gemeinden begleitet sein müssen. Wenn je, so wäre es hier nötig gewesen, sich vorher mit den beteiligten Organisationen, mit dem Deutschen Städtetag und dem Reichsbund der Kommunalbeamten in Verbindung zu setzen, die aus ihrer praktischen Erfahrung heraus manchen wertvollen Hinweis für eine zweckmäßige Lösung des Problems hätten geben können. Einer unangemessenen Höherwertung einzelner Kommunalbeamtenstellen, wie sie tatsächlich vereinzelt vorgekommen ist, soll gewiß nicht das Wort geredet werden, aber eine angenehmere Höherbewertung wird in vielen Fällen sich aus der Eigenart des Gemeindedienstes und aus den Bedürfnissen der Selbstverwaltung heraus als eine Notwendigkeit ergeben. Die Gemeindebeamtenstellen müssen diel individueller erfaßt werden, als die Reichsbeamtenstellen. Mit Recht weist darüber hinaus der Vorstand des Deutschen Städtetages darauf hin, daß die Beschränkung und der Mangel einheitlicher Regelung der Aufrückungsmöglichkeiten, das Fehlen der beim Staat im weitesten Umfange vorhandenen Versetzungsmöglichkeiten und die Wahl der leitenden Beamten nur auf Zeit, Momente sind, die bei der Bemessung der Gemeindebeamtengehälter nicht ausgeschaltet werden können. Solche Momente aber finden im Schoße der Selbstverwaltung selbst ihre zweckmäßigste Prüfung. Die Zentralisation dieser Prüfung und die Entscheidung durch eine dem kommunalen Leben völlig fern stehende Reichsstelle, wie das Gesetz sie vorsieht, ist nicht nur praktisch völlig undurchführbar, sondern untergräbt unmittelbar die Grundlagen der Selbstverwaltung, da sie die Gemeinden in der Auswahl tüchtiger Beamten zugunsten einer schematischen Gehaltsgleichmacherei beschränkt. Auswüchsen und unangemessen hohen oder niedrigen Gehaltsfestsetzungen gegenüber muß natürlich ein staatlicher Eingriff möglich sein. Am zweckmäßigsten geschieht das dergestalt, daß die Länder Richtlinien für die Gemeindebeamtenbesoldung aufstellen, nach denen die Einordnung der einzelnen Gruppen und Stellen zu geschehen hat. Gegen diese von den zuständigen Gemeindestellen vorgenommene Einstufung steht den Beteiligten sowohl wie der Aufsichtsbehörde ein Einspruchsrecht zu. Über den Einspruch wird von einem paritätischen aus Vertretern der Gemeinde und der Gemeindebeamtenschaft zusammengesetzten Schlichtungskörper in einem landesrechtlich zu ordnenden Verfahren entschieden. So allein wird es möglich sein, etwaigen Auswüchsen zu begegnen, ohne durch eine unnatürliche Gleichmacherei sich in unheilvollen Widerspruch zu setzen mit der Mannigfaltigkeit der Gemeindeorganisationen an und innerhalb der einzelnen Länder.

Deutschland und die Entente.

Eine neue Durchlöcherung des Friedensvertrages.

In dem Friedensvertrag von Versailles ist bekanntlich die Entwaffnung Deutschlands als die Einleitung einer allgemeinen Abrüstung bezeichnet worden. Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß die Ententemächte damit die Verpflichtung übernommen haben, nunmehr auch ihrerseits abzurüsten. Der Völkerbund hat in seiner Genfer Versammlung denn auch eine Abrüstungskommission eingesetzt. Aber es muß den allerschärfsten Protest hervorrufen, wenn jetzt der Vorsitzende dieser Kommission Leon Bourgeois eine Erklärung abgibt, die die Abrüstung der Entente auf den Sankt Nimmerleinstag verschiebt. Herr Bourgeois erklärt, daß erst die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt sein müsse. Er weiß ganz genau, daß das heute schon so gut wie restlos der Fall ist, und um nun nicht sehr bald an die Abrüstung Frankreichs gemahnt zu werden, erklärt er, daß außerdem vier Voraussetzungen erfüllt sein müßten, deren erste lautet: vollständige Ausführung des Friedensvertrages. Da der Friedensvertrag mit Lasten operiert, die selbst in Jahrhunderten nicht getilgt sein können, so ist es eine dreiste Verhöhnung des Friedensvertrages, was Herr Bourgeois hier erklärt. Aber wenn der Völkerbund dieser Auffassung zustimmen sollte, so handelt es sich um einen glatten Bruch des Vertrages. Den anderen Bedingungen, Organisation einer ständigen obligatorischen Kontrolle über alle Rüstungen, Vorlage eines Berichtes der besonderen militärischen Kommission und Austausch aller die militärischen Rüstungen betreffenden Angaben durch alle Mächte, kann sofort entsprochen werden, wenn alle Mächte in den Völkerbund aufgenommen werden und ein bahnbrechender Beschluß gefaßt wird. Aus den Verhandlungen der Abrüstungskommission geht nicht hervor, wie die einzelnen Delegierten die Ausführungen des französischen Vertreters aufgenommen haben. Es ist aber vielleicht nicht ohne Interesse, zu wissen, daß sich Herr Bourgeois einen Pazifisten nennt.

Der neue Anschlag der Entente auf unsere Flugzeugindustrie.

In der Angelegenheit der Beschlagnahme von Flugzeugen werden, wie wir von gut unterrichteter Seite in Berlin erfahren, erneute Verhandlungen gepflogen. § 201 des Versailler Vertrages enthält die sechsmonatige Frist für das Bauverbot von Flugzeugen, § 202 die dreimonatige Frist für Ablieferung der zu Kriegszwecken hergestellten Flugzeuge. Es ist Deutschland nicht möglich gewesen, in der dreimonatigen Frist die Flugzeuge abzuliefern, und zwar infolge technischer Schwierigkeiten. Die Franzosen stehen auf dem Standpunkt, daß die Frist von drei Monaten noch nicht abgelaufen ist. Die Frist von sechs Monaten könne erst dann zu laufen beginnen, wenn die erste Frist erledigt ist. Seitens der deutschen Regierung wird dieser Standpunkt jedoch nicht geteilt. Da sogar die Gefahr besteht, daß auch diejenigen Flugzeuge beschlagnahmt werden, die inzwischen neugebaut worden sind, ist von der deutschen Regierung darauf hingewiesen worden, wie die Verhältnisse liegen, und daß eine Verquickung dieser beiden Paragraphen nicht erfolgen darf.

Dessau, 25. Nov. Auf eine Nachfrage bei den Junkers-Flugzeugwerken erfahren wir, daß diesen eine offizielle Mitteilung über die erfolgte Beschlagnahme bisher weder von der Interalliierten Kontrollkommission, noch von den betreffenden deutschen Regierungsstellen zugegangen ist. Es handelt sich bei den 11 Flugzeugen übrigens um einen Sondertyp, den die Interalliierte Luftschiffkontrollkommission seinerzeit ausdrücklich durch schriftliche Entscheidung als Zivilapparate anerkannt hat.

Der Wortlaut der Ententenote.

Berlin, 25. Nov. Die Note der Interalliierten Luftschiffahrtskontrollkommission über das Bauverbot von deutschen Flugzeugen vom 16. November lautet folgendermaßen:

Seiner Exzellenz, dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

Exzellenz! Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit Abschrift eines Beschlusses der Botschafterkonferenz vom 8. November 1920 mit Bezug auf das Spaer Protokoll und die Entscheidung von Boulogne zu übersenden, die sich auf das Datum bezieht, an dem der Bau und die Einfuhr von Flugmaterial in Deutschland beginnen darf. Die Entscheidung von Boulogne vom 22. Juli 1920, welche den Bau und die Einfuhr von Flugmaterial in Deutschland bis zu drei Monaten nach dem Zeitpunkt, in dem Artikel 202 des Friedensvertrages vollkommen ausgeführt ist, verbietet, ist daher noch jetzt in Kraft. Ich bitte, die nötigen Veranlassungen zu treffen, daß alle Beteiligten hiervon Kenntnis erhalten. E. A. Masermann, Luftschiffkommodore, Vorsitzender der Interalliierten Luftschiffahrtskommission.

Abschrift: Beschluß betreffend das Protokoll der Spaer Konferenz vom 12. Juli 1920: Es wird entschieden, das Protokoll von Spa vom 12. Juli 1920 für nichtig erklärt zu betrachten und die Entscheidung von Boulogne am 22. Juli 1920 aufrechtzuerhalten.

Die russischen Lokomotivbestellungen in Deutschland.

Stockholm, 24. Nov. Mit Professor Lomonosow sind fünf russische Eisenbahnsachleute hier angekommen, von denen einige nach Deutschland zur Kontrolle der Eisenbahnbestellungen reisen. Lomonosow hat ferner 20 Stangen Gold im Werte von 60 Millionen Kronen mitgebracht. 40 Stangen hat er in Reval deponiert. Nach Äußerungen Lomonosows kann die Bestellung von 1920 Lokomotiven in Deutschland als perfekt angesehen werden. Der Gegenwert sei russischerseits bereits sichergestellt, außerdem die erste Anzahlung am Montag bewerkstelligt worden.

Abkommen über die Verwertung des auszuliefernden Kriegsmaterials.

Berlin, 25. Nov. (WTB.) Vor kurzem hat die Wiedergutmachungskommission mit der deutschen Reichstreuhandgesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, nach dem dieser Gesellschaft die Verwertung allen Kriegsmaterials überlassen wird, das nach den Artikeln 192 und 202 des Versailler Vertrages der Entente auszuliefern ist. Die Gesellschaft verpflichtet sich danach, diese Güte mit aller Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes zu unterhalten und zu verwerten. Selbstverständlich soll dabei das finanzielle Interesse der Entente gewahrt werden. Es wird die Aufgabe der Reichstreuhandgesellschaft sein, mit diesen Verwertungen auch die volkswirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Einklang zu bringen. Die Erlöse daraus werden Deutschland auf das Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben. Zweifelhafte Fragen über die Auslegung des Vertrages werden durch Schiedsgericht entschieden, zu dem jede Partei zwei Vertreter ernennt, die sich über einen Obmann einigen müssen, widrigenfalls dieser von dem Präsidenten des Völkerbundes ernannt wird. Der Vertrag ist für 18 Monate abgeschlossen und verlängert sich um 6 Monate, wenn er nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Deutsch-polnischer Gefangenenaustausch.

Berlin, 25. Nov. Die deutsche und die polnische Regierung verhandeln, wie wir hören, über den Abschluß eines Vertrages über einen Gefangenenaustausch. Dieser Vertrag soll außer den deutschen Staatsangehörigen auch den deutschen Optanten in Polen zugute kommen. Es besteht Aussicht, daß die deutsche Regierung Listen erhalten wird über diejenigen Deutschen, die in den Internierungslagern von Dombie, Modlin, Ezbiecrne und der Zitadelle von Warschau interniert sind. In Begleitung eines polnischen Offiziers sollen jedoch einige deutsche Herren sich in diese Lager begeben, ob daß Aussicht vorhanden ist, daß die internierten Deutschen alle noch vor Weihnachten auf freien Fuß gesetzt werden.

Bulgariens Aufnahme in den Völkerbund vertagt.

Genf, 25. Nov. Die Vollversammlung des Völkerbundes hat sich zwei Tage Ruhe gegönnt; nur die Kommissionen, über deren Tätigkeit der Öffentlichkeit leider stets nur ungenügend und verspätet Bericht erstattet wird, arbeiten. So kann nur aus inoffiziellen Quellen mitgeteilt werden, daß in der 5. Kommission heute das Gesuch Bulgariens behandelt wurde. Der bulgarische Gesandte in Bern ist vernommen worden, und, wie verlautet, soll die Kommission beschlossen haben, die Aufnahme Bulgariens bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen, und zwar unter dem Vorwand, daß Bulgarien noch nicht genügend Garantien für seine „Zuverlässigkeit" gegeben habe. (Der Kommissionsbeschluß bedarf noch der Bestätigung durch das Plenum. D. Red.)

Amerikanisch-japanische Einigung über die Einwanderung in Kalifornien.

London, 25. Nov. Der „Daily Expreß" meldet: Nach langwierigen Verhandlungen über die kalifornische Einwanderungsfrage zwischen den Regierungen von Amerika und Japan hat man sich dahin geeinigt, daß Japan die Einwanderung nach Amerika von nun an absolut einstellt, während den jetzt in Amerika ansässigen Japanern volles Bürgerrecht verliehen wird.

Allgemeiner Preissturz in Frankreich und England.

Paris, 25. Nov. Die Blätter berichten von einer allgemeinen Preisherabsetzung. Der Preis für Wolle gleicht dem von 1917. Zucker kostet 3,74 Franks. Die Preise für Petroleum, Seife, Reis und Kakao sind ebenfalls gesunken.

London, 25. Nov. Die „Daily Chronicle" zählt eine ganze Reihe von Artikeln auf, für die die Preise sehr herabgesetzt worden sind. Die Herabsetzungen werden vom Großhandel bereits durchgeführt, und der Kleinhandel folgt, allerdings etwas langsam nach. Auf dem Getreidemarkt in Selby wurde Mais und Gerste am Montag wesentlich niedriger bezahlt, und zwar um 20 Schilling pro Quadre, Hafer war um 10, Roggen um 3 Schilling, Kartoffeln um ein Pfund Sterling die Tonne billiger. Für Geflügel wurden 25 v. H. weniger erzielt als in der vorigen Woche. Wichtig ist, daß im Unterhaus bereits mitgeteilt wurde, die Regierung plane die Aufhebung des Nahrungsmittelamtes.

Die Türken gegen den Raubvertrag von Sevres.

Konstantinopel, 25. Nov. (WTB.) Der aus Angora zurückgekehrte Delegierte des Großwesirs berichtet: Die Kemalisten seien bereit, über eine Annäherung mit der gegenwärtigen türkischen Regierung zu reden, wenn die Mächte zusimmten, daß der Friedensvertrag von Sevres so gestaltet werde, daß der ottomanische Staat lebensfähig werde.

Weiter wird berichtet, ein Abkommen zwischen den Bolschewisten und den Kemalisten enthält die Verpflichtung, Sowjetrußlands die Kemalistenpartei finanziell zu unterstützen und zwei Armeekorps nach der Türkei zu entsenden. Die Kemalisten verpflichten sich dagegen, den russischen Delegierten zu ermöglichen, den russischen Kommunismus in der Türkei zu fördern.

Die Moskauer „Prawda" meldet, daß Mustapha Kemal Truppen zum Vormarsch an der griechischen Front bereitgestellt habe; er hoffe in Anbetracht der in Griechenland herrschenden Gärungen auf einen Erfolg seiner Unternehmung.

Der Führer der Sinnfeiner getötet.

London, 25. Nov. Reuter meldet aus Dublin: In der Grafschaft Tipperary ist der Führer der Sinnfeiner, Killen Aule, getötet worden. Nach einer Meldung aus Cork ist hart Dienstag abend eine Bombe explodiert, mehrere Personen wurden verwundet, darunter zwei schwer.

Die „Daily Mail" meldet: Die britische Regierung hat außerordentliche militärische Maßnahmen zur Unterdrückung der Unruhen in Irland beschlossen. Drei Kriegsschiffe mit zahlreichen Begleitschiffen und über 6000 Mann Truppen an Bord werden unverzüglich nach Dublin abgehen. — Bei der Beratung im Oberhause über die Homerule-Vorlage teilte der britische Lord-Kanzler mit, daß in letzter Zeit wichtige Dokumente entdeckt wurden, die sich auf die militärische Organisation der irischen republikanischen Armee beziehen.

Neuwahlen in Italien.

Basel, 25. Nov. Aus Rom wird gemeldet: Wie in Regierungskreisen verlautet, sind die Neuwahlen zur italienischen Kammer für den Monat März 1921 vorgesehen.

350 000 Tonnen Schiffsraum für Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet:

Auf Grund der Note der Reparationskommission vom 20. Oktober betr. Belassung von 350 000 Tonnen Schiffsraum an Deutschland haben am 20. d. M. in Paris Verhandlungen begonnen, an denen auch deutsche Schiffahrtsinteressenten teilnehmen. Nachdem deutscherseits ausführlich der Standpunkt dargelegt und begründet worden war, wurden die Verhandlungen einstweilen abgebrochen. Irgendwelche Zusage seitens der Entente ist noch nicht gemacht worden. Die Entscheidung soll sobald als möglich fallen.

Der Verkauf von Deutsch-Ostafrika.

Amsterdam, 25. Nov. Die „Times" melden, daß Maßnahmen getroffen wurden, um den gesamten deutschen Landbesitz im vormaligen Deutsch-Ostafrika, aus dem so gut wie alle deutschen Unternehmer vertrieben sind, zu verkaufen.

Polnische „Befürchtungen" für die Abstimmung in Oberschlesien.

Das „Echo de Paris" meldet aus Warschau, die Lage in Oberschlesien sei gegenwärtig für die Polen ausgezeichnet, aber es herrsche wachsende Unruhe unter der oberschlesischen Bevölkerung, daß jenen Deutschen, die seit langem ausgewandert seien, das Abstimmungsrecht vorenthalten werden könnte. Der Berichterstatter des Blattes gewann die Überzeugung, daß sich die oberschlesische Bevölkerung auf diese Einwanderer stürzen würde, um sie an der Abstimmung zu verhindern, weil diese 220 000 Leute zweifellos die Abstimmung verfälschen (!) würden. Um die Ordnung aufrecht zu erhalten, müßten demnach starke alliierte Truppen nach Oberschlesien entsandt werden; denn es müsse um jeden Preis verhindert werden, daß Oberschlesien, eines der reichsten Kohlenlager Europas, ein Platz der Anarchie und des Bürgerkrieges werde. Sollte die Entsendung von Truppen nicht möglich sein, so würde die einzige Lösung darin bestehen, die Deutschen, die nicht in Oberschlesien wohnen, an der Abstimmung auch nicht teilnehmen zu lassen.

Eine „wirkliche Volksabstimmung" in Eupen und Malmedy „wünschenswert".

Brüssel, 24. Nov. Der belgische Sozialistenführer Debroukere schreibt im „Peuple" anläßlich der Erklärungen Hymans und Simons' über die Abstimmung in Eupen und Malmedy, daß Belgien bei der Abstimmung sich streng an die Bestimmungen des Versailler Vertrages gehalten habe. Debroukere erinnert jedoch an das, was er bereits Anfang 1919 hervorhob, nämlich, daß das im Vertrag vorgesehene Verfahren keine freie Volksabstimmung garantiere und daß es Belgien freistände, eine wirkliche Volksabstimmung abzuhalten. Debroukere sagt, er sei jetzt noch immer überzeugt, daß eine solche Volksabstimmung nicht nur gerecht, sondern auch im Interesse Belgiens wünschenswert sei, da hierdurch vermieden würde, daß an der belgischen Grenze ein kleines Elsaß-Lothringen entstehe.

Die „Kontrollposten" der Entente rechts des Rheins.

Berlin, 25. Nov. Am 10. Juni hatte die deutsche Regierung der Botschafterkonferenz eine Note übergeben, in der die Rücknahme der alliierten Militärkommandos in Duisburg, Mannheim und Karlsruhe verlangt worden war, da sie dem Versailler Vertrage widersprechen. Die Botschafterkonferenz hat diese Maßregel nunmehr abgelehnt. Sie behauptet, daß die betreffenden Truppen keine Okkupationstruppen, sondern nur Kontrollposten seien, die auf Grund des Anhangs zur Waffenstillstandskonvention und auf Grund des Artikels 212 des Versailler Vertrages eingerichtet seien,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201125-14/fragment/page=0001

um die Schiffahrt auf dem Rhein zu überwachen. Wie das WTB. hört, wird dieser Standpunkt von der deutschen Regierung nicht anerkannt. Die Verhandlungen werden fortgeführt.

Die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Leygues.

Paris, 24. Nov. In französischen parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß die bevorstehende Zusammenkunft zwischen Leygues und Lloyd George eine weitere Entwicklung des Einverständnisses zwischen Frankreich und England herbeiführen wird, soweit die Politik der beiden Länder im Orient und gegenüber Deutschland in Frage kommt. Die neuerlichen sympathischen Erklärungen Lloyd Georges im „Petit Parisien" haben heute in Frankreich die Hoffnung neu belebt, daß England nach der Festsetzung der Entschädigungen auch Garantien gegenüber Deutschland für zulässig erklären wird. Der Protest, den Deutschland in der Frage der Kolonien nach Genf gerichtet hat und der gegen England zielt, wird in Paris mit einer gewissen Genugtuung aufgenommen, weil man vermutet, daß die englische Regierung durch die Vorwürfe der deutschen Note verstimmt sein könnte.

Die „Arbeit" der Botschafterkonferenz.

Paris, 24. Nov. Die Botschafterkonferenz hielt heute eine Konferenz ab und vollendete die Prüfung einer Anzahl Fragen über die Verwendung des deutschen Kriegsmaterials. Eine Sachverständigenkommission ist mit der Prüfung einer Antwort auf die deutsche Note über Ein- und Ausfuhrfragen, die vor längerer Zeit an die Botschafterkonferenz gerichtet worden, beauftragt worden.

Die Lage im Reiche.

Der Reichspräsident über die „Deutsche Kinderhilfe".

Die charitativen Vereine aller Parteien und aller Konfessionen des Deutschen Reiches haben sich zu einem Hilfswerke für das deutsche notleidende Kind als „Deutsche Kinderhilfe" zusammengeschlossen. Über das ganze Reich ist eine Organisation zu diesem Zwecke errichtet. Als Einleitung für dieses Hilfswerk hatte der Reichspräsident zu Dienstag nachmittag Einladungen zu einem Tee ergehen lassen, der eine große Anzahl führender Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Reichshauptstadt zusammenführte. Der Vortrag der Gräfin Sarah Sarrauth eröffnete das Programm. Hierauf folgte eine Reihe erschütternder Filmdarstellungen des Kinderelends, das zurzeit in Berlin herrscht. Im Anschluß an die Filmvorführungen richtete

der Reichspräsident Ebert

an die Versammelten eine Ansprache, in der er etwas folgendes ausführte:

„Jahrelange Unterernährung, der noch fortdauernde Mangel an unentbehrlicher Nahrung, ungenügende Kleidung und Erwärmung haben besonders bei unseren Kindern ein Elend gezeitigt, das nach gründlicher Prüfung anerkannter Sozialpolitiker aller Richtungen unser ganzes Volkskleben ernstlich bedroht. Ein französischer Arbeiterführer, der kürzlich das Ruhrgebiet besuchte, gab nach seiner Rückkehr eine ergreifende Schilderung von dem elenden Zustand der Kinder. Wie im Ruhrgebiet, teils noch schlimmer, steht es in vielen anderen Gebieten unseres Vaterlandes. Schon lange ist deshalb bei uns eine angestrengte Wohlfahrtsarbeit an den Kindern geleistet worden.

Vor allem aber gebührt warme Anerkennung und herzlicher Dank dem ausländischen Hilfswerk. Aus Skandinavien, der Schweiz, den Niederlanden und im größten Umfange aus Amerika sind uns für unsere Kinder nicht nur reichlich Liebesgaben zugegangen, sondern es sind Vertreter dieser Völker auch bemüht, sich persönlich von der traurigen Lage der Kinder in den Großstädten, in den Industriebezirken, im Erzgebirge zu unterrichten, und mit bewundernswerter Hingabe tätig Hand an das Rettungswerk zu legen.

Wir in Deutschland verfügen leider selbst nur über schwache Hilfsmittel. Gleichwohl kann und muß von uns mehr als bisher geschehen. Die entsetzliche Not unserer Kinder macht uns allen zur Pflicht, für diese wichtige und große Aufgabe unser Bestes einzusetzen. Diesen Zwecken soll die nunmehr eröffnete Volkssammlung für das notleidende Kind dienen. Die Frage: öffentliche oder private Hilfe ist hier nebensächlich. Entscheidend ist, daß unseren unglücklichen Kindern von allen Seiten und mit allen Mitteln schnell und tatkräftig geholfen wird."

Rücktritt des Oberbürgermeisters Wermuth.

Berlin, 25. Nov. Oberbürgermeister Dr. Wermuth hat mit Rücksicht auf seinen äußerst angegriffenen Gesundheitszustand mit Hinweis darauf, daß er das 65. Lebensjahr überschritten hat, den Magistrat gebeten, seine Versetzung in den Ruhestand herbeizuführen.

Berlin, 25. Nov. Die Blätter führen den Rücktritt des Oberbürgermeisters Dr. Wermuth auf politische Gründe zurück. Der Elektrizitätstreit habe ihn zu Fall gebracht.

*

Die Antwort der deutschen Regierung auf die Tiroler Anschlußkundgebung.

Aus Lienz in Tirol wird gemeldet: In der Bürgermeisterversammlung wurde die Antwort der deutschen Regierung auf die Anschlußkundgebung der Tiroler verlesen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Kundgebung der Lienzer hat als Beweis des Zugehörigkeitsgefühls und deutschvölkischer Gesinnung die deutsche Regierung erfreut und sympathisch berührt. Für die Schicksalsfrage des Tiroler Volkes hat das Deutsche Reich volles Verständnis. Das Deutsche Reich ist jetzt bemüht, soweit als möglich, dem deutschösterreichischen Volke zu helfen. Den Unterzeichnern der Kundgebung vom 16. Oktober sind aber zweifellos auch die internationalen Hindernisse bekannt, die sich der Vereinigung der deutschen Stämme in diesem Augenblick entgegenstellen. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk begegnen sich mit den Lienzern in der zuversichtlichen Hoffnung, daß es bereits gelungen wird, auch für die deutschen Stämme des österreichischen Volkes das Selbstbestimmungsrecht und damit eine glückliche Zukunft zu erreichen".

Die bayerischen Demokraten gegen die deutsche Italienpolitik.

München, 25. Nov. In einer Sitzung des Landesverbandes der Deutschen demokratischen Partei Bayerns ist die Äußerung des deutschen Botschafters in Rom über Südtirol Gegenstand der Erörterung gewesen. Es wurde hervorgehoben, daß diese Äußerung unmöglich mit dem Standpunkt der deutschen Reichsleitung übereinstimmen könne, sondern daß sie auf einer Verkennung der Ziele und Absichten der deutschen Außenpolitik und auch des deutschen Außenministers Simons beruhen müsse. Die Deutsche demokratische Partei, die den großdeutschen Gedanken programmatisch vertritt und das nationale Selbstbestimmungsrecht aller auch außerhalb des Reichsgebietes befindlichen Volksteile nachdrücklich verficht, mißbilligt daher das Verhalten des deutschen Gesandten in Rom auf das schärfste. Der Landesvorstand hat von dieser einmütigen Meinung der Deutschen demokratischen Reichstagsfraktion Kenntnis gegeben.

Der Streik in Oberschlesien.

Wie die „Voss. Ztg." aus Breslau meldet, lag gestern infolge des Generalstreiks in Ratibor die Stadt im Dunkeln. Die alliierten Truppen sind verstärkt worden, die städtischen Betriebe wurden besetzt. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Politische Uebersicht.

Tschecho-Slowakei.

Verschnische Haltung der Deutschen in der Tschechei.

Prag, 24. Nov. Die gestrige Abendsitzung des Abgeordnetenhauses brachte nicht etwa, wie nach den Ereignissen zu erwarten war, Tumulte, sondern zeigte, daß auf seiten der deutschen Politiker volle Besonnenheit herrscht. Der Obmann des deutschen parlamentarischen Verbandes, Abg. Kirschner, hielt eine Rede, die an die Vernunft der Tschechen appellierte, die Politik des herrschenden Volkes zu verlassen und in der Anbahnung eines Friedens mit den zahlreichen Völkern dieser Republik die einzige Möglichkeit zu sehen, den Staat nicht zugrunde zu richten. Er wies darauf hin, daß das deutsche Volk in der Tschechei die Möglichkeit habe, ohne den Gebrauch von Waffen den Staat völlig lahm zu legen. Davon sei es noch nicht gekommen, es sei aber die höchste Zeit, von seiten der Tschechen zu verhindern, daß es soweit komme. Die Rede des Abg. Kirschner wurde, was erstmalig im tschechischen Parlament der Fall war, auch von den tschechischen Parteien mit Beifall aufgenommen. Eine ähnliche Rede hielt der Abg. Dr. Lodgemann, der die Vorwürfe tschechischer Redner zurückwies, daß die Schuld an den letzten Ereignissen nur auf seiten der Deutschen zu suchen sei. Er wies darauf hin, daß nicht etwa der Geist Masaryks, sondern der Geist Dr. Kramarsch' herrschend sei, der schon soviel Unheil über die Republik gebracht habe.

... und wie sie gedankt wird.

Prag, 24. Nov. Der Ministerpräsident gab im Senat eine Erklärung ab, worin er den Deutschen an den Ereignissen in Prag und Deutschböhmen Schuld gab. Die Ursache zu solchen Vorgängen würde verschwinden, wenn sich die Deutschen loyal auf den Boden der Verfassung stellen würden. Diese Auslegung wurde von den deutschen Senatoren mit erregten Zwischenrufen aufgenommen.

Polen.

Der polnisch-litauische Kampf.

Kowno, 24. Nov. Litauische Telegraphen-Agentur. Auf Veranlassung der litauischen Regierung hat die Kontrollkommission des Völkerbundes die polnische Regierung ersucht, Bürgschaften dafür zu geben, daß die von General Żeligowski gegebene Anordnung, die Defensive zu beachten, befolgt werde.

Genf, 24. Nov. Nach Telegrammen des Obersten Cherbigny, des Chefs der Untersuchungskommission des Völkerbundes im Gebiet von Wilna, schlagen sich die Truppen des Generals Żeligowski und die litauischen Streitkräfte noch auf verschiedenen Punkten der Front. Oberst Cherbigny ist in Unterhandlungen mit den Behörden von Wilna getreten über die Aufnahme des internationalen, vom Völkerbund entsandten Truppenkontingents, und um die Volksabstimmung vorzubereiten, deren Modalitäten gegenwärtig vom Völkerbund geprüft werden.

Frankreich.

Um den Tunnel Frankreich—England.

Paris, 24. Nov. Die internationale Handelskonferenz sprach sich für den beschleunigten Bau eines Tunnels unter dem Ärmelkanal aus.

Südslawien.

Unterzeichnung des Abkommens mit Italien.

Belgrad, 24. Nov. Südslawisches Pressebüro. Der Minister Korosec hat den Vertrag von Rapallo unter Protest unterzeichnet, weil ein großer Teil jugoslawischer Gebiete gegen den Willen der Bevölkerung unter fremde Herrschaft kommt.

Griechenland.

Die Lage in Griechenland.

Mailand, 25. Nov. Der nach Athen entsandte Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera" hatte eine Unterredung mit dem griechischen Ministerpräsidenten Rhallis, der ihm erklärte, daß die Rückkehr des Königs Konstantin gesichert sei. Nach der Haltung der griechischen Regierung zu schließen, die heute die überwiegende Mehrheit des Volkes hinter sich hat, dürfte somit auch ein Protest Englands und Frankreichs und sogar der Abbruch der diplomatischen Beziehungen den Zweck verfehlen. Nach einem weiteren Bericht des Korrespondenten herrscht in Athen festliche Stimmung. Die Bilder Venizelos' sind verschwunden und die sie vor kurzem verhüllenden Bilder des Königs Konstantin werden im Triumph herumgetragen. Die Häuser sind beflaggt. Die venizelistischen Zeitungen erscheinen mit Trauerrand. Bei der Vereidigung des Ministerpräsidenten ereignete sich ein Zwischenfall. Rhallis erklärte nämlich, die Vereidigung durch den Metropoliten, einen Anhänger Venizelos', ablehnen zu müssen, und legte den Eid vor einem herbeigeholten geweihten Priester ab, der ein Opfer Venizelos' war und soeben als politischer Gefangener befreit worden war. Die Volksabstimmung wird am 1. Dezember stattfinden.

*

Deutschland.

Zur Ausführung des Betriebsrätegesetzes.

Der Etat des Reichsarbeitsministeriums enthält unter den einmaligen Ausgaben bei ordentlichen Haushalts einen Titel, der gerade gegenwärtig von besonderer Bedeutung ist und allgemeine Beachtung verdient. Er wirft die Summe von einer Million Mark zur Gewährung von „Beihilfen für Zwecke der Schulung von Betriebsratsmitgliedern" aus. In den „Erläuterungen" wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, „die Betriebsratsmitglieder in die ihnen obliegenden wichtigen Aufgaben, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, einzuführen, um ein gutes Einarbeiten der neuen Einrichtung der für die Betriebsratsmitglieder notwendigen Kenntnisse beschäftigt, und für die Zukunft wird hierin eine der wichtigsten Aufgaben der Fortbildungsschulen und der künftigen Bezirksarbeiterräte liegen. Aber die Allgemeinheit hat ein lebhaftes Interesse daran, daß schon jetzt die Ausbildung dieser neuen Führerschichten im Wirtschaftsleben nach Kräften gefördert wird. Deshalb erscheint es durchaus gerechtfertigt und geboten, soweit anderweitige Mittel für diese Zwecke nicht zur Verfügung stehen, oder nicht ausreichen, Staatsmittel bereitzustellen. Der Erfolg des ganzen Betriebsrätegesetzes hängt zum wesentlichsten Teil von der Eignung, dem guten Willen und der Befähigung der zu seiner Ausberufenen Persönlichkeiten ab.

Neugruppierungen in der Angestellten- und Arbeiterschaft?

Letzten Sonntag ist in einer großen Angestelltenvertreterversammlung in Magdeburg die völlige Verschmelzung der großen religiös und politisch neutralen Angestelltenverbände beschlossen worden. Der Kaufmännische Verein von 1858, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig, der Verein Deutscher Kaufleute und der Deutsche Angestelltenbund, sowie der Handlungsgehilfenverein für Breslau wollen organisatorisch in dem 58er Verein aufgehen, der eine neue Satzung und seinen Sitz nach Berlin verlegen soll. Diese Organisationen bestehen bisher ein Kartellverhältnis unter dem Namen Gewerkschaftsbund der Angestellten. Dieser Name soll auch jetzt der des neuen geeinten Verbandes sein, der mit 300—400 000 Mitgliedern ein starkes zukunftsreiches Zentrum in der deutschen Angestelltenbewegung bilden wird. Rechts von ihm steht nur der antisemitische Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und links von ihm die sozialistischen Verbände der Asa. — In Essen hat gleichzeitig am Sonntag eine Tagung der christlichen Gewerkschaften stattgefunden, deren politische Ziele der preußische Minister Stegerwald in einem langen Referat dargelegt hat. Die Tagung hat dann auch die Grundsätze Stegerwalds beschlußmäßig gutgeheißen. In diesen Beschlüssen wird eine starke christlich-nationale Volkspartei als Gebot der Stunde bezeichnet. Es scheint also, als ob die christlichen Gewerkschaften das Zentrum nicht mehr als leitungsfähig ansehen. Der evangelische Volksteil sei aus sich allein nicht imstande, diese Partei zu schaffen, der katholische Volksteil allein auch nicht. Man will eine politische Zusammenfassung der positiven Kräfte im katholischen und evangelischen Lager zu einer starken Mittelpartei. In den christlichen Gewerkschaften sind auch eine Reihe rechtsgerichteter Elemente untergeschlüpft, die heute noch im deutschnationalen Lager beheimatet sind. Es wurde die Schaffung eines parlamentarischen Komitees beschlossen. — Die vorliegenden Berichte lassen aber noch nicht ganz klar erkennen, wohin die Reise gehen soll. Auch der antisemitische Deutschnationale Handlungsgehilfenverband war in Essen vertreten. Man meint, daß man gespannt sein darf, wie sich der deutschnationale Flügel Hebers und seine Gruppe bei etwaigen Neubildungen der christlichen Gewerkschaften verhalten wird. Die Frage der Sozialisierung, die in diesen Kreisen sympathisch behandelt wird, ist bekanntlich für die Deutschnationalen ein Kräuklein „Rühr-mich-nicht-an".

Provinz und Nachbarländer.

h. **Gräfenhainichen,** 25. Nov. Drei Schulknaben aus Großmühlau, die beim Herumklettern im Steinbruche an der Straße nach Golpa in die Tiefe stürzten, wurden als die Leichen aus dem Schachtgewässer gezogen. Die Kinder standen im Alter von 11, 9 und 7 Jahren.

h. **Zeitz,** 25. Nov. Der 65jährige verheiratete Bergarbeiter Albert Brig aus Streckau versuchte die 25jährige Kriegerwitwe Meister, mit der er ein Verhältnis unterhielt, dem bereits zwei Kinder entsprossen sind, zu erschießen. Sie wurde aber nur an einem Oberschenkel verletzt. Darauf versuchte sich Brig selbst zu erschießen, kam aber infolge Ladehemmung nicht dazu, er griff dann nach dem Rasiermesser und wollte sich die Kehle durchschneiden, erreichte aber seine Absicht auch hier nicht. Beide wurden in das Krankenhaus in Zeitz eingeliefert.

Vergehende Kinder.

Von Max Jungnickel.

Als sich die Sonne erhob, wanderte ich am farbenbrennenden Herbstwald entlang. Plötzlich hörte ich, weit, so weit, ein Kinderwimmern und Schreien. Ich wartete. Das Schreien und Wimmern kam näher. Der Himmel wurde grau und zitterte wie ein Wispern.

Nach einer Stunde erblickte ich eine unendliche Schar Kinder, von Raben umkreist, von welken Blättern umtaumelt.

Kinder! Sie zogen an mir vorüber. Hunger stierte aus ihren Augen. In Lumpen waren sie gehüllt. Mädchen und Jungen. Bleich die Wangen. Übernächtigt. Krank. Zerschunden und zerklagen. Kinder bis zum 15. Lebensjahre. Die Kleinen wurden von den größeren geschleppt, gestoßen, auf dem Rücken getragen. Viele schrien vor Schmerz und Hunger. Manche sangen verzweifelt. Hundert Kinder. Tausend. — — — Zwanzigtausend. Lauter deutsche Kinder. Und immer wieder dieses Schreien und Mäseln und Singen. Das Herz sprang mir in Stücke.

Wir blieben liegen wie tot. Es war, als ob vor Mitleid der Himmel sein grames Gewand zerreißen wollte; als ob sich eine ewige Hand aus dem Himmel herausstrecken wolle. —

Als der Abend kam, hatte ich dreißigtausend Kinder gezählt. Und als die Sterne kamen, waren es vierzigtausend.

Und als die Schar vorüber war, gewahrte ich einen, der langsam hinter den Kindern herging. Ab und zu, wenn seine Füße ein liegengebliebenes Kind berührten, schüttelte er traurig seinen Kopf. — — — Es war der Tod.

O, vergeßt nur einmal den Hader und Streit. Findet euch wieder in der Liebe zu den hungernden Kindern.

Öffnet euer Herz.

Ihr wißt ja alle, was Kindheit heißt.

Kindheit! Ist das nicht wie ein Glanz, der ohne Ende ist? Ist das nicht etwas Narrenbuntes, vom Himmel Behütetes? Ist das nicht seliges Händefalten?

Kindheit, jede Flöte ist heim!

Und heute? — — Alles ist erloschen. Alles nie gewesen.

Haben die hungernden und kranken Kinder nicht auch ein Herz, das einmal mit Frühlingsvögeln fliegen möchte? Das einmal recht froh sie machte? Genau so froh, wie ihr einmal waret?

Vergebende Kinderherzen. Sie fragen nach keinem Vogel. Keine seligen Glocken durchzittern diese Kinderherzen. Nichts. Und ihre Wangen werden nicht heiß vor Freude. Ihr macht euch Gedanken, wo euch diese wilde Zeit hinführen wird. Helft den hungernden und kranken Kindern, gebt ihnen eine Kindheit und es wird Licht. Was sind Parteien und Stand, wenn ihr euer Herz öffnet!

Gebt! Gütte trägt die Krone der Ewigkeit. Gut sein ist alles.

Unsere Kinder tragen das Herz unseres Vaterlandes in ihren kleinen Händen.

Gebt, damit die Hände stark werden und das Herz fest umschließen. Gebt, das Herz unseres Vaterlandes blüht dann wieder auf.

Die Zeit ist kalt und wir erfrieren, wenn's kein Kinderland mehr gibt.

O schenkt den Kindern eine warme Jugend!

„Deutsche Kinderhilfe" heißt eine Volkssammlung für das notleidende Kind, die ihren Arbeitsausschuß aus folgenden Verbänden zusammengesetzt hat:

Charitasverband für das katholische Deutschland. Zentralausschuß für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Evangelischer Reichs-Erziehungsverband. Deutsche Vereinigung für Säuglingsschutz. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge. Deutsches Rotes Kreuz. Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz und Ständiger Ausschuß der Deutschen Landesfrauenvereine vom Roten Kreuz. Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge. Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt. Vereinigung für Kinderhilfe. Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden.

Eine Volkssammlung soll vom 28. November bis 5. Dezember in den Häusern und Betrieben stattfinden. Über das ganze Reich ist eine Organisation zu diesem Zwecke errichtet.

Geistiges Leben in Wien.

In der neuesten Nummer des von Stephan Großmann herausgegebenen „Tagebuch" schreibt der bekannte Wiener Schriftsteller Alfred Polgar über das gegenwärtige „geistige" Leben in der schönen österreichischen Hauptstadt unter anderm folgendes: Die Berichte von Wiens Elend sind wahr. Die Berichte von Wiens Wohlbehagen sind auch wahr. Der Berichterstatter muß nur definieren, was er meint, wenn er „Wien" sagt. Im Mittelteil der Stadt, vom Polizeiamt der Ringstraße begrenzt, lebt das Wien, das lebt; das fastige Wien, die Stadt, deren Name, richtig ausgesprochen wie geschmunzelt klingen muß. Nundberum, „grau und grämlich", lebt das Wien, das vegetiert, das Vertrocknete Wien, die Stadt, deren Namen mit dem Tonfall gesprochen werden muß, mit dem ihn der Schaffner einer dantischen Unterwelt-Bizinalbahn als Station ausrieft.

Im zweierlei ökonomischen Klima der beiden Wien gemäß ist auch das geistige Leben dort und hier ein grundverschiedenes. In der Vorstadt ist es mehr politisch, in der inneren Stadt mehr ästhetisch orientiert. In der Vorstadt hat die Frage: wie lebe ich? weiterlich anderen Sinn als in der inneren Stadt. Dort geht es um den Rock, hier um die Façon des Rocks.

Demzufolge holen sich die in der Vorstadt ihre Belehrung über Mode aus der „Roten Fahne", indes die aus der inneren Stadt aus der Zeitschrift „Die Dame" ihre sozialen Informationen schöpfen. Das einigende Band, das die Völker Wiens umschlingt — früher war dieses Band bekanntlich die Dynastie — ist das Kino. Und in diesem Punkt steht das lustige Zentrum der Stadt der traurigen Vorstadt oft nach. Es kommt vor, daß die Ringstraße erst bei der vierten Fortsetzung der „Herren der Welt" hält, indes Ottakring schon aus der fünften Fortsetzung weiß, daß Konsul Maßen (Herr Michael Bohnen) bei der Rettung der pikanten Mardi Gregards den Untergang findet und daß sein besonderes Dekolleté in der sechsten Fortsetzung den Frauen dieser unglücklichen Stadt nicht mehr leuchten wird.

Das Kino steht im Mittelpunkt der ortsüblichen geistigen Interessen. Den Zugang zur Illusionswelt des Theaters verhaarrikadieren furchtbare Eintrittspreise und auch Bücher können nur noch von Leuten erworben werden, die soviel Valuta besitzen, daß sie es nicht mehr nötig haben, zu lesen. Es heißt zwar, daß jetzt mit reichsdeutschem Geld ein ganz großer Verlag hier gegründet werden soll, der vor allem die Klassiker billig nachdrucken wird — aber man kann auch dieser „Unternehmung voll Mark und Nachdruck" keine günstige Prognose stellen. — Daß wir seit langen Jahren gezwungen sind, zur Beschaffung des notwendigsten Nahrungsminimums ein Maximum an geistiger Energie aufzubringen, hat die Gehirne determiniert. Teils allerdings vom Tanz um das goldene Kalb, teils aber auch vom Tanz um das Kälberne, sind die Wiener schwindlig geworden. Bei den Menschen der Vorstadt äußert sich diese Gleichgewichtsstörung in einem verzweifelten Anklammern an Phantome der Zukunft oder Vergangenheit. Sie erhoffen die Weltrevolution oder — und wählen in diesem Falle christlich-sozial — daß Kaiser Karl, auf einem Schimmel mit reichlich Schabracke in die Burg einreiten und dem Glanz der alten Krone erneuern werde. Derzeit gilt sie die Wertzeugkeit von eindreiviertel Schweizer Centimes.

Anders erklärlich sich jene Wiener, die über den Tiefstand der Krone durch den von ihm bewirkten Hochstand der Börsenkonjunktur getröstet werden, ihr seelisches Gleichgewicht.

Waren sie unterm Druck des Krieges genötigt, mit allem Denken um Blut, Tod, Wunden und Opfer zu kreisen, so paradisieren sie das jetzt durch Liebenswürdiges Gleichgewichten (in Wien heißt man „Kraken") in entgegengesetzter Richtung. In jener, die durch die Touristenmarke: carpe diem! gewiesen wird. Zu deutsch: schlage die Zeit tot, ehe sie dich totschlägt. Nachtlokale, Bars, Kabarets, Tanz- und Veranstaltungssäle — Stationen des Karussells — fassen nicht die Zahl der Fahrlustigen. Ein Zimmer ist in Wien kaum zu finden, aber weder an rooms noch an chambers herrscht Mangel. Das Brot ist schlecht, aber der Kaviar exkluslssig. (Ich fürchte, die, die ihn fressen, sind jener nicht weert. Volk für den Kaviar!) Am Totentag, Allerseelen, blieben die Gräber ohne Blumenschmuck, er ist zu teuer. Aber an den Tanzstätten der Lebenden werden allabendlich in Blumenschlachten Berge buntender Munition verschossen.

Arge Gegensätze! Sie zeigen, wie nennin die Menschen das Leben machen (oder vielleicht das Leben die Menschen?).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201125-14/fragment/page=0002

Zunahme des Viehbestandes in der Provinz Sachsen.

Die soeben veröffentlichten vorläufigen Ergebnisse der am 1. September 1920 vorgenommenen Viehzählung zeigen im Vergleich mit der Zählung am 1. September 1919 eine Zunahme des Viehbestandes in der Provinz Sachsen. Der Pferdebestand (ohne Militärpferde) hat sich von 210 427 auf 214 360 Stück erhöht. Desgleichen hat der Rindviehbestand eine nicht unbeträchtliche Vermehrung erfahren, die im wesentlichen herbeigeführt wird durch die Vermehrung des Jungviehes im Alter von 1 bis 2 Jahren; den 80 554 Stück Jungvieh des Jahres 1919 stehen jetzt 99 455 gegenüber. Die Zunahme beträgt hier also 23,46 Prozent. Am Rindvieh überhaupt waren vorhanden: 1919: 648 295, 1920: 665 119. Ganz außerordentlich gestiegen (um 30,01 Prozent) ist die Zahl der Schweine, und zwar von 867 018 auf 1 127 175 Stück. Auch der Schafbestand mit seinem Anwachsen von 534 885 auf 618 168 und der Ziegenbestand (1919: 445 079, 1920: 487 429) beweisen die recht erfreuliche Zunahme des Viehbestandes in der Provinz Sachsen.

Merseburg und Umgegend.

25. November.

Aufruf zur Regelung der Vieh- und Fleischpreise.

In der am Freitag den 5. November in Halle stattgehabten Sitzung des Unterausschusses IV, umfassend die Kreise Köthen, Bernburg, Saalkreis einschließlich Stadtkreis Halle, Merseburg, Mansfelder See- und Gebirgskreis, Sangerhausen, Allstedt, Eckartsberga, Naumburg, Grafschaft Camburg, Zeitz, Weißenfels und Querfurt, wurden folgende Richtlinien für den Vieh- und Fleischverkehr festgesetzt:

Durchschnittserzeugerpreise pro Zentner Lebendgewicht ab Stall:

a) Für Rinder und Hammel 500 ℳ, wobei einem Qualitätsunterschied durch Aufschlag bezw. Abzug von 25 Prozent Rechnung getragen werden soll.
b) Für Kälber 550 ℳ mit 10 Prozent Aufschlag oder Abzug.
c) Für Schweine 1000 ℳ mit 10 Prozent Aufschlag oder Abzug.

Diesen Einkaufspreisen entsprechen nach den örtlichen Verhältnissen die Kleinverkaufspreise wie folgt:

Für Rind- und Hammelfleisch	10—12 ℳ das Pfund
Für Kalbfleisch	10—12 ℳ das Pfund
Für Schweinefleisch	14—16 ℳ das Pfund
Ungeräucherte Wurstwaren	18 ℳ das Pfund
Geräucherte Wurstwaren	20 ℳ das Pfund

Diese Richtlinien gelten ab 15. November.

Hierzu sei ausdrücklich folgendes bemerkt: Die angegebenen Preise decken sich mit denjenigen des Hauptausschusses für den Viehwirtschaftsbezirk IV. Die Richtlinien bedeuten nur eine vorläufige Regelung, stellen aber eine wesentliche Senkung der bisher allgemein üblichen Preise dar. Niedrigere Preise in den Richtlinien jetzt festzusetzen, wurde augenblicklich als sehr bedenklich erachtet, weil mir dicht am Zuschußgebiet angrenzen und eine weitere Herabsetzung die Gefahr einer zu starken Abwanderung des Schlachtviehs nach den Zuschußgebieten heraufbeschwören würde.

An alle Beteiligten, Landwirte, Händler, Fleischer und Verbraucher, richten wir die dringende Bitte, an Hand dieser Richtlinien für eine vernünftige Preisgestaltung zu arbeiten.

Landwirte! Verkauft nur an zugelassene, mit Ausweis versehene Händler. Verkauft vor allem keine Schweine an Personen, welche die sogenannten Hausschlachtungen gewerbsmäßig betreiben, da von diesen das Fleisch nur zu Wucherpreisen verarbeitet und mit hohem Gewinn zu teuren Preisen verkauft und somit der großen Masse des Volkes das Frischfleisch entzogen wird.

Händler und Fleischer! Überwacht sorgfältig die Aufkäufer in eurem Bezirk, sorgt dafür, daß das Fleisch nicht zu Wucherpreisen in andere Gemeinden überwandert. Bietet keine Wucherpreise, überbietet auch nicht beim Einkauf.

Verbraucher! Achtet auf die Preisgestaltung, meidet auftretende Ausspüche, verlangt beim Einkauf, zu angemessenen Preisen bedient zu werden. Ihr selbst habt es am meisten in der Hand, preisregelnd einzugreifen, wenn ihr zu hohe Preise verweigert. Nur wenn alle Gruppen, vom Erzeuger bis zum Verbraucher Hand in Hand arbeiten, ist eine vernünftige Preisregelung möglich. Bringt jede Preistreiberei unverzüglich zur Anzeige, von welcher Seite sie auch kommen mag.

Der Unterausschuß IV im Wirtschaftsbezirk IV.

Als Vertreter der Landwirtschaft: Baerts-Gelsta, Dr. Köhne-Wöhlen, Graf Seen-Großsjena, v. Tellemann-Schölen, Hörning-Allstedt, Schweitzer-Cosa, v. Richter-Deitz, Dertel-Laucha, Burkhardt-Eholsbhain.

Als Vertreter des Handels: W. Oberländer-Halle, Friedmann-Cöthen, Buschendorf-Naumburg, Schwab-Halle, B. Cotte-Halle, E. Heinrich-Schafstedt, B. Schloß, Vertr. Prokurist R. G. Jahn-Halle, O. Mickel-Landsberg, Otto Neuvolk-Zeitz.

Als Vertreter des Fleischergewerbes: Beyer-Naumburg, H. Büttner-Zeitz, Rabe-Cöthen, Stichling-Eckartsberga, Schlack-Halle, Töpfer-Camburg, Schober-Weißenfels, Wirks-Bernburg, Beyer-Merseburg, Kühle-Eisleben.

Als Vertreter der Verbraucher: Joericke-Laucha a. U., Augenhain-Strefau, Wenzel-Mansfeld, Schröder-Sangerhausen, Cotte-Eisleben, Scheffel-Rosberg, Baum-Halle, Bohne-Cöthen, Frau Hühnerdorf-Halle, Hitzner-Halle.

*

** **Personalnachricht.** Dem Regierungsrat Dr. v. Tellemann, zuletzt in Merseburg, ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste erteilt worden.

** **In das Vereinsregister des hiesigen Amtsgerichts** ist unterm 9 November d. J. der Verein „Oekonomische Vereinigung Merseburg" mit dem Sitze in Merseburg eingetragen worden.

** **Eine Revision der landwirtschaftlichen Betriebe** findet demnächst statt. Der technische Aufsichtsbeamte Liebau der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen wird ab Mitte Dezember dieses Jahres die landwirtschaftlichen Betriebseinrichtungen und die bei der Berufsgenossenschaft mit versicherten Personen besichtigen. Wenn irgend möglich, sollte jeder Betriebsunternehmer an der Besichtigung seines Betriebes persönlich teilnehmen.

** **Viehzählung am 1. Dezember 1920.** Wie das Landratsamt schon im Amtsblatt für den Kreis Merseburg, das der gestrigen Ausgabe dieser Zeitung beigegeben war, bekanntgegeben hat, findet am 1. Dezember 1920 eine Viehzählung statt, die sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen und Federvieh erstreckt. In Preußen werden auf Grund des § 2 der Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 (R.G.Bl. S. 81) auch die Trut- und Perlhühner sowie die unter 6 Monate alten Kälber, getrennt in „unter 6 Wochen alte" und in „6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alte" mit erfaßt. Die Ergebnisse der Viehzählung dienen lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Aufgaben.

** **Die Überwachung des Postverkehrs mit dem besetzten Gebiet.** Nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Versailles ist in den besetzten rheinischen Gebieten die bis dahin von den Besatzungsbehörden ständig ausgeübte allgemeine Überwachung des Postverkehrs weggefallen. Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat sich aber im Artikel 11 einer Verordnung vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Postämtern zu fordern. Die Rheinkommission kann sonach die Postüberwachung jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebietes ohne weiteres ausüben lassen. Nach den bisherigen Wahrnehmungen verfährt sie auch dementsprechend und läßt auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit bald in diesem, bald in jenem Orte des besetzten Gebietes eine Überwachung des Postverkehrs in mehr oder weniger großem Umfange eintreten. Es ist hinlänglich erwiesen, daß die Absender von Briefen usw. nach Orten in den besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt bleiben.

** **Die Bautätigkeit** hat auch in diesem Jahre ihren normalen Umfang nicht erreicht, der Wohnungsmangel hat also nicht beseitigt werden können. Man ist auf Notbehelfe und freundwilliges Entgegenkommen angewiesen geblieben. Aber die Sehnsucht nach einer eigenen Häuslichkeit hat sich dadurch nicht zurückdrängen lassen, und so sind auch zu diesem Herbst zahlreiche neue Ehen geschlossen. Und niemand wird bestreiten, daß das gut für alle Teile ist, sind doch die Verhältnisse noch immer so, daß man wohl sagen kann, es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei. Zeitschriften kann gar nicht genug selbständige und tüchtige Haushaltungen, Männer und Frauen haben, die es wieder mit aufbauen helfen. Und wo die Genügsamkeit waltet, meldet sich auch das Glück als treuer Hausfreund. Daß Möbel und Haushaltungsgegenstände noch teuer sind, will nicht viel ausmachen. Es gibt keine größere Freude für ein junges Paar, als nach und nach sein Heim selbst schmückend auszugestalten.

** **Die Lage des Arbeitsmarktes im Oktober 1920.** Die steigende Konjunktur einiger Industrien, die im Vormonat unerwartet einsetzte, hielt auch im Berichtsmonat an. Wenn trotzdem keine erhebliche Besserung des gesamten Arbeitsmarktes eintrat, so ist dies darauf zurückzuführen, daß der Arbeitsmarkt infolge der Heeresverminderung durch die entlassenen Reichswehrsoldaten erheblich belastet wurde. Immerhin ist ein erfreulicher Rückgang der Erwerbslosenunterstützungsempfänger festzustellen. Es begann Erwerbslosenunterstützung im Regierungsbezirk Merseburg 4352 Erwerbslose gegen 3447 im Vormonat, im Regierungsbezirk Merseburg 270 Erwerbslose (429), im Regierungsbezirk Erfurt 1083 Erwerbslose (1555), im Freistaat Anhalt 133 Erwerbslose (20).

** **200jährige Reminiszenz.** Vor 200 Jahren, am 25. November 1720, unter der Regierung des Herrn Stift-Administrators Herzog Moritz Wilhelm Herzoglich-Sächsischer Durchlaucht, der als der „Gelehrte Herzog" bei seinen Merseburgern in gutem Andenken lebt, ist aus dem „Tiergarten" in der Altenburg, der weiland zum St Petristifter gehörte, ein Baumgarten gemacht worden. Der „Tiergarten" beim St. Petristifter ist den Merseburgern wohl bekannt. Mit gütiger Hilfe unseres 1914 bis 1919 Landrates Philo Freiherr v. Wilmowski ist er Eigentum der Stadt Merseburg geworden und mit Sachverständen ausgestattet worden. Zum Andenken an den freundlichen Stifter heißt er „Wilmowski-Garten". Über seine Beschaffenheit ist der Klosterzeit ist nichts überliefert, doch haben ihn die Mönche von St. Petri früher trefflich gepflegt. Über seine Entstehung als Tiergarten 1606 und als Baumgarten 1720 berichtet die Chronik: „Zu Jahre 1606 hat sich Herzog Johann Georg aus dem Klostergarten in der Altenburg einen Tiergarten machen und all Stück Wild, die in etlichen Kasten aus der Grafschaft Hennaberg gebracht worden waren, hinein sperren. Diese hatten sich darin in sechs Jahren so vermehrt, daß man 1612 am 21. Juli 44 Stück Wild in die Aue hinausstreiben konnte, in welcher vom Wilde nichts zuvor verspürt worden. Im Jahre 1700 aber 100 Jahre später, am 25. November 1720, wurde aus diesem Tiergarten ein Baumgarten gemacht." Der Name „Tiergarten" ist bis in unsere Tage geblieben und hält sich auch neben dem neuen Namen „Wilmowski-Garten". Das Rehwild in der Aue stammt also von alten Zeiten her aus dem Tiergarten. Das dort von den alten Bäumen des Gartens geerntete herrliche Obst erinnert heute noch an den Beschluß vor 200 Jahren vom Herzog Moritz Wilhelm gefaßten Baumgarten. Schwickert.

** **Der verunglückte Straßenräuber.** Als am vergangenen Sonnabend nachmittag ein 12jähriger Junge mit einem Damen-Fahrrad nach Merseburg fuhr, begegnete ihm unweit des Kreuzpauer Weges ein Fremder. Dieser riß den Jungen vom Rade, setzte sich darauf und fuhr davon. Im seiner Angst merkte der Junge seinen schweren Verlust in den Straßengraben und lief dem Räuber nach. Da derselbe anscheinend etwas unkundig im Radfahren war, geriet ihm der Bestohlene dicht auf die Fersen. Das Unglück strafte auch den Straßenräuber gleich, er fuhr an einen Baum und stürzte kopfüber vom Rade. Darauf hatte der bestohlene Junge nichts eiligeres zu tun, als sein Rad wieder zu besteigen und davon zu fahren. Da zufällig zwei andere Radfahrer dazu kamen, verschwand der Räuber querfeldein im dichten Reisig. P.

** **Paul Meyers Lustige Bühne** gab gestern abend im Casino hier ein Gastspiel, das leider nur sehr schwach besucht war. Leider, denn der „Hänsel- und Gretel-Abend" nach der bekannten Humperdinckschen Spieloper hatte unbedingt einen guten Besuch verdient, ansprechend bei großen Leistungen der kleinen Künstler, der beiden Kinder des Ehepaares Meyers. Die 9jährige Gretel und der 12jährige Hänsel führten ihr Spiel technisch und künstlerisch höchst anerkennenswert in dem nicht gerade warmen Saale durch, auch die Bühnenausstattung war eine abwechslungsreiche und sehr gute zu nennen. Auch die Rolle der Eltern und der Hexe wurden gut durchgeführt und besonders Erdmuth als die Kinderhexen machte das große Engelsfleh im Walde um die schlafenden Kinder. Auch das Orchester — Klavier, Geige, Cello — führte seine Aufgabe gut durch, manchmal etwas zu stark für die Stimmen, besonders der Hexe. „Das kleine Mädchen war so lieb!" urteilten am Schluß die kleinen Wißbegierigen von Gretel. Der Besuch der Kindervorstellung am Nachmittag war ein guter.

** **Mittelstands-, Bürger- und Handwerker-Vereinigung.** Die für gestern abend ins Neue Schützenhaus einberufene Versammlung wies einen leidlich guten Besuch auf. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Schlossermeister Schrader-Bölsche, ergriff der frühere Reichstagskandidat der Deutschen Volkspartei, Kaufmann Heidenreich-Halle, das Wort zu seinem Vortrag über die Lage des Mittelstandes. Er bemerkte vorweg, daß er nicht als Parteimann sprechen würde, sondern als Angehöriger des Mittelstandes und man kann ihm das Zeugnis ausstellen, daß er im allgemeinen sein Ziel erreicht hat. Über die Notlage des Mittelstandes bemerkte er sehr treffend, daß der selbständige wie auch unselbständige Handwerker mehr arbeiten und sparen müsse wie der sozialistische Arbeiter, wenn er konkurrieren. Sodann ging der Redner auf die Geschichte des Gegensatzes zwischen Großkapital und Arbeitnehmerschaft ein, welch letzterer das Bürgertum aus Unkenntnis meistens ablehnend gegenüberstehe. Wenn die verschiedenen Klassen des alten Regimes den Fehler erkannt und die Arbeitnehmerkreise zur Mitarbeit an nationalen Arbeitskapital herangezogen hätten, so wäre das für sie schädliche Folgen erspart geblieben. Der vornovemberliche Klassenstaat war ein Kinderspiel gegenüber dem Klassenstaat nach der Revolution. Es ist unsozial, die Minderheit der besitzenden Klassen auszuplündern. Der Egoismus treibt seine schönsten Blüten, niemand fühlt sich dem Staat zu selbstloser Arbeit mehr verpflichtet. In den unter neuen Namen aufgetauchten alten Parteien wackeln es bedenklich, besonders im Zentrumsturm, auch in den übrigen Parteien ringen die Gegensätze. Der berufsständische Gedanke ist zu einer solchen Macht geworden, daß an ihm keine Partei mehr vorüber gehen kann, er ist stärker geworden denn je. Wir sind mit dem Gedanken umgegangen, der Neugründung einer großen Wirtschaftspartei. Über diese würde nur zur Zersplitterung der Kräfte führen, die nur zum Schaden der Mittelstandsbewegung führen werde. Das haben die Landtagswahlen in Sachsen gezeigt. Es wird nie gelingen, alle Anschauungen unter einen Hut zu bringen. Die Staatsform, in der wir leben, ist hierbei völlig gleichgültig. Heute haben die Parteien die Macht, nicht die Männer, die an der Spitze stehen. Darum müssen wir in diese Parteien die besten und tüchtigsten Köpfe unserer Mittelstandsbewegung hineinzwingen, dann wird sich unser Einfluß bald bemerkbar machen. Dazu ist es aber notwendig, daß alle Angehörigen der Berufsorganisationen in die Parteien hineingehen und in ihnen mitarbeiten. In die Vorstände der Parteien müssen unsere besten Köpfe gelangen; denn dort wird die praktische Arbeit geleistet, die Linie bestimmt, nach der marschiert werden soll. In dem Eingangen nach der Parteien durch bedingten Umbildung der Parteien sehen wir die Grundlage der Besserung der Lage des Mittelstandes. Es kommt nicht darauf an, daß jede einzelne Berufsgruppe vertreten ist, sondern daß die gesamte Vereinigung durch ihren befähigsten Führer alle Einzelinteressen vertreten läßt. Den Berufspolitikern müssen wir Standespolitiker entgegensetzen. Wir wollen unsere Heimat uns allen erhalten, nicht eine Kasse, einer Partei. Wir fühlen uns als eine Bewegung der Zukunft. Sorgen wir dafür, daß unsere besten und fähigsten Köpfe nach oben kommen, dann werden wir unsern Stand einer besseren Zukunft entgegenführen. Da eine Aussprache nicht zugestande kam, schloß der Vorsitzende mit Dankesworten an den Referenten um 10 Uhr die Versammlung. G.

** **Der erste Luxemburgs-Abend.** Selbst bei den beliebtesten Bildungsabenden wird wohl der „Herzog Christian" einen so vollen Saal nie gesehen haben, als gestern Abend. Hunderte mußten wieder umkehren und sich auf eine in Aussicht gestellte Wiederholung vertrösten lassen. Die Wandervögel und Pfadinder, die den Volksjugendabend veranstalteten, hatten sich aber auch alle Mühe gegeben, ihm zum Gelingen zu verhelfen. Nach einem gemeinsamen Lied sprach der Feldmeister der Neuntaldabey über den Gesamtzweck im Jugendring. Schwere Anklagen schleuderte er gegen die heutige Scheinkultur, die er als schuldig an dem sittlichen Tiefstand der Jugend anklagte. Harte, aber wahre Worte gegen die Kinosucht, gegen die Tanzverrücktheit, gegen den ganzen neuzeitlichen Schund. Meinere, bessere Kost solle der Jugend geboten und ihr so die Möglichkeit gegeben werden, aus dem Sumpf der Gemeinheit zum Licht zu kommen. Und dann kam der Rattenfänger und erzählte in launigen, selbsterdachten Versen den gefangenen Kindern, was sie alles sehen sollten. Mit viel Geschick wurden zwei Volksspiele des alten Schumacherpoeten Hans Sachs aufgeführt „Der Nobelpatz zu Jünzing" und dann „Der Wunsch im Kegelsack". Nicht endenwollender Jubel löste auch eine Szene aus, vom „Onkel Schlemmann, der auf beiden Ohren schlecht hören kann". Lieder und Musikvorträge durchwoben in bunter Reihe die Darstellungen, und glücklich zogen die Kinder nach dem Schlußlied wieder nach Hause. Statt daß die Wandervögel und Pfadfinder über ihren Erfolg herzlich froh gewesen wären, setzte man eine ernstere Miene ein. Anfolge einer Ungeschicklichkeit bei der Ankündigung des Abends waren leider noch nicht schulpflichtige Kinder gekommen, die dem Sinn der Spiele wohl kaum zu folgen vermochten und in ihrer schallenden Heiterkeit ganze Sätze der Darsteller untergehen ließen. Die harten Worte von der „Kleinkinderbewahranstalt" waren nur zu berechtigt, denn die gefährdeten Jugend von 12 bis 18 Jahren, nicht den Säuglingen sollte die Arbeit gelten. Wie wir hörten, sind Wiederholungen in Aussicht genommen und werden noch bekannt gegeben werden. Um einer Überfüllung vorzubeugen, werden künftig auch Einlaßkarten ausgegeben. K.

** **Der Verkehrsverein Merseburg** hält am heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Tivoli hier seine Hauptversammlung ab. In dieser wird der Geschäftsbericht erstattet und erfolgt Neuwahl des Vorstandes, weshalb das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich ist.

*

Kinder in Not.

Wegen der ungeheuren Nachfrage nach Eintrittskarten zu der Wohltätigkeits-Vorstellung des Vaterländischen Frauenvereins Merseburg-Stadt am Sonnabend den 27. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Schloßgartenpavillon „Das deutsche Kind im Wandel der Zeiten", hat der Verein sich genötigt, die Vorstellung am Montag den 29. d. M., nachmittags 5 Uhr, ebendaselbst zu wiederholen. Kartenverkauf von Sonnabend mittag ab in der Buchhandlung Stollberg und bei Kaufmann Frahnert. — Nähere Bekanntmachung wird noch ergehen.

*

Für unsere Hausfrauen.

Abgabe von Kondensmilch gegen vorgeschriebenen Gutschein so lange der Vorrat reicht als Ersatz für fehlende Vollmilch in allen Milchverkaufsstellen.

Abgabe der neuen Gutscheine für Kondensmilch zum 30. November 1920, nach diesem Tage keinerlei Belieferung dieser Gutscheine mehr. Für Dezember werden neue Gutscheine ausgegeben.

Anmeldung des Bezugsscheins Nr. 6 des Lebensmittelbestes für 150 Gramm Auslandsspeck, der am 30. November zum Verkauf gelangt. Anmeldung bis 27. November in allen Fleischverkaufsstellen. Siehe Bekanntmachung in heutiger Zeitung.

Wetterwarte.

B. W. am 26. 11. (Freitag): Wolkig, etwas gelinder, Schnee. — 27. 11. (Sonnabend): Ziemlich trüb, gelinde, etwas Schnee.

§ **Ammendorf**, 25. Nov. Die aus den Gemeinden Ammendorf, Osendorf und Kellau i. Kue gebildete Gemeinde Ammendorf bildet mit Wirkung vom 1. Januar 1921 an einen Standesamtsbezirk Ammendorf. Die bisherigen Standesämter Radewell und Osendorf werden aufgehoben. Standesbeamter für den Standesamtsbezirk Ammendorf ist der Gemeindevorsteher Hahn; als seine Vertreter sind der Gemeindesekretär Gohres und der Gemeindebauingenieur Schoh tätig.

§ **Schladebach**, 25. Nov. Berichtigung. In der Notiz in der Montagausgabe dieser Zeitung über die Spende der Kinder der hiesigen Volksschule für die „Grenzspende" ist ein Druckfehler unterlaufen, denn die abgelieferte Summe beträgt 144,50 ℳ, also noch 11 ℳ mehr als angegeben.

§ **Lauchstedt**, 25. Nov. Der Justizobersekretär Trautmann hier ist an das Landgericht in Halle a. S. versetzt worden.

*

Wieder ein äußerst frecher Raubüberfall.

Netzschkau, 25. Nov. In unserer seit langer Zeit von Diebes- und Räuberbanden heimgesuchten Gegend ist schon wieder ein schwerer, äußerst frecher und dreister Raubüberfall verübt worden. Am Montag den 22. d. M., abends gegen 7 Uhr, erschienen drei Männer in der Gaststube des Gasthauses Ottomar Hoffmann in Netzschkau und verlangten eilligst Kaffee mit dem Bemerken, daß sie wenig Zeit hätten und sofort weiter wollten. Nachdem ihnen der Kaffee gebracht war, blieben sie indessen noch geraume Zeit in der Gaststube sitzen. Plötzlich erschienen noch zwei andere Männer, die sich dadurch unkenntlich gemacht hatten, daß der eine sein Gesicht weiß gepudert, die Augenbrauen geschwärzt und einen falschen schwarzen Schnurrbart angeklebt hatte, während der andere die Augen verbunden hatte. Alle fünf waren mit Revolvern ausgerüstet. Die Räuber verschlossen nun alle Hausklüren und forderten unter Vorhaltung ihrer Revolver Öffnung aller Kassen und Schränke. Der Wirt weigerte sich anfangs, dem Verlangen nachzukommen, mußte aber der Drohung schließlich nachgeben, da die Räuber ihn an die Wand drückten und ihn, seine Frau und Tochter mit Erschießen bedrohten. Er mußte ihnen zunächst eine größere Summe Geldes aushändigen. Während Frau und Tochter in der Gaststube von einem der Räuber mit vorgehaltenem Revolver streng bewacht wurden, mußte der Bestohlene anderen in das obere Stockwerk führen. Hier nahmen sie sich alles, was sie gebrauchen konnten, u. a. die gesamte Ausstaffierung der Tochter, Kleider, eine silberne Uhr und Rauchstoff. Alle diese Sachen schleppte ein Räuber in den Hausflur. Nicht genug damit, ließen sie noch Wein, Cognak, Zigarren, Zigaretten, Speck und Wurst mit sich gehen. Nachdem sie alles gründlich durchsucht hatten, schlossen sie die Hausbewohner in eine unbeheizte Kammer ein unter der Drohung, sie zu erschießen, wenn sie sich nicht ganz still verhielten. Sie entfernten sich dann mit dem Versprechen, sie wollten noch dem Nachbar einen Besuch abstatten und kämen in einer Stunde wieder. Inzwischen hatten sie aber ihre Beute in Sicherheit gebracht, anscheinend in einem Automobil, das kurze Zeit darauf am Gasthof einige Male hin und herfuhr. Die „sauberen" Gesellen ließen sich natürlich nicht wieder sehen. Als die eingesperrte Familie sich nach einiger Zeit auf der verschlossenen Kammer selbst befreit hatte, fand sie alle Räume hell erleuchtet und sämtliche Türen offen. — Es wird höchste Zeit, daß die Landbewohner sich gegen derartige Überfälle schützen, indem sie Einwohnerwehren bilden und zur Selbsthilfe greifen, denn nur so kann diesen Räuberbanden das „saubere" Handwerk gelegt werden.

Turnen — Spiel — Sport.

Fußball-Jugend-Städtespiel Halle—Merseburg.

Am 14. Dezember ist das Städtespiel der beiden Jugendmannschaften in Halle angesetzt. Das erste Spiel fand bekanntlich im letzten Sommer hier in Merseburg statt und endete mit einem Siege der Hallenser Elf von 3:1. — Um nun auch für das Rückspiel in Halle die besten Spieler für Merseburg aufbieten zu können, haben die Vertreter der hiesigen Fußballvereine für nächsten Sonntag (28. November) ein Ausmahlspiel angesetzt. Die Mannschaft im schwarzen Dreß steht: Harnisch (B. f. L.), Weiße (Pr.), Schönig (Ho.), Morgner (Germ.), Bock (Pr.), Vollroth (Ho.), Stahl (Ho.), Kastermann (Ho.), Schulz (B. f. L.), Pohlens (Pr.), Ulrich (B. f. L.). Die Mannschaft im weißen Dreß steht: Schulz (Ho.), Peters (B. f. L.), Thieme (Germ.), Müller, Kurt (Ho.), Graupick (Ho.), Kestner (Pr.), Liebigt (B. f. L.), Bott (B. f. L.), Koch (Pr.), Stößel (Germ.), Rost (Ho.). Als Ersatz stehen: Müller (Ho.), Richäge (Pr.), Schelz (B. f. L.), Franke (Ho.), Riesenborn (B. f. L.), Stecher (Ho.), Hesselhardt (Pr.), Graul (Pr.). Das Spiel findet um 10 Uhr auf dem Preußenplatze statt. Schiedsrichter: Wuttke (Hohenzollern).

Vermischte Nachrichten.

* **Ein teures Diesenei.** Aus Worbis kommt folgende Mitteilung, die als verbürgt bezeichnet wird: Die Frau eines gerade abwesenden Einwohners erhielt Besuch von Familienangehörigen und macht Feuer in der „guten Stube" an. Den zurückkehrenden Mann empfängt die freudig erregte Frau mit entsprechender Mitteilung. Vor Entsetzen starr, hörte der Ankömmling; denn in dem Ofen waren, wohlversteckt — 91 000 ℳ mitverbrannt!

* **Interessantes Notrelb** hat die Marktgemeinde Oberndorf bei Salzburg herausgegeben und im Umlauf gesetzt. Die drei Geldscheine tragen die Bilder des Dichters und des Komponisten unseres weltbekannten deutschen Weihnachtsliedes „Stille Nacht, heilige Nacht", sowie eine Ansicht der St. Nikolauskirche in Oberndorf, in welcher das Lied am 24. Dezember 1818 — am Tage seiner Entstehung — zum ersten Male öffentlich gesungen wurde. Freunde des Liedes und Sammler können den Zweck gegen Einsendung des Betrages von 7,50 ℳ bezieht durch Pfarrer Max Fellacher in Oberndorf bei Laufen in Oberbayern (Postscheck-Konto Nr. 10 829, Postscheckamt München). Der Ertrag ist für das schon seit einigen Jahren geplante „Stille Nacht"-Denkmal bestimmt, das zu Ehren der beiden Schöpfer des Liedes Mitar Joseph Mohr und Lehrer Franz Gruber an der Kirche in Oberndorf errichtet wird. Jeder Einsender erhält den Urtext der Dichtung (sechs Strophen) und die Originalkomposition des Liedes frei zugestellt.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Männer, für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Verlags-Vertretung: Walter Altmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 25.
Druck und Verlag der Firma Th. Böhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201125-14/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern

Verlobt.

Bäckermeister Karl Mohr, Lodersleben, mit Luise Hägolt, daselbst. Friedrich Gernath, Weigelshofen, m. Rose Henninger, Möckerling; Referendar Dr. Br Ebermann, Magdeburg, mit Lotte Kallenowski, Weißenfels; Dr. Curt Sieckert, Bernburg, m. Jenny Kallenowski, Weißenfels.

Vermählt.

Willy Sernau mit Frau Frieda, geb. Rappsilber, Halle.

Geboren.

Hu Binder, Halle, 1 S.; C. Hoeier, Halle 1 T.; Hans Eckstein, Arensdorf b. Cöthen, 1 S.

Gestorben.

Querfurt: Wwe. Emilie Heidenreich, geb. Neuschenbach, Landgrafroda, 79 J. **Weißenfels:** Frau Amalie Gürth, geb. Klein ke, 76 J.

Statt Zwangseinquartierung!
Junges Ehepaar sucht 2—3 leere oder teilw. möbl. Zimmer. Angeb. u. 2757 a. d. Exp. d. Bl.

Wohnungstausch
Wer tauscht kleine Wohnung gegen größere ein? Angeb. u. 2763 a. d. Exp. d. Bl.

20 000 Mk.
z. Geschäftsvergrößerung sofort gesucht. Angeb. u. 2756 a. d. Expd. d. Bl.

Gesucht
von Selbstgeber
3—5000 Mk.
z. Betriebskap. f. Handwerker. Angeb. u. 2759 a. d. Exp. d. Bl.

Jeden Posten
alte Zeitungen
kauft auf Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Guterhalt. Backtrog
zu kaufen gesucht. Angeb. u. 2761 i. d. Exp. d. Blattes.

Ausgekämmtes
Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 5a

Wohnhaus
mit Laden, auch für Bäckerei geeignet, gute Geschäftslage, ist zu verkaufen. Angeb. u. 2764 a. d. Exp. d. Bl.

Regenmantel u. gut erhaltene Damenstiefeln Nr. 37 verkauft Frau Dr. Spelthahn, Neu-Rössen, An der Bahn 3.

Langstiefel (fast neu) Reithosen (getragen), Velourhut (neu)
für Damen, billig zu verkaufen. Kl. Ritterstr. 7.

Ein Paar weiße
Spangen-Schuhe
(Größe 39) zu verkaufen
Clobikauer Str. 11, Hths.

1 Paar fast neue, derbe Damenstiefel (Gr. 38) für 125 Mk. zu verk. Hallesche Str. 9, 3 Tr.

Sport-Pelz,
feldgrau, mit Lammfell, billig zu verkaufen. Kl. Ritterstr. 13 pt.

2 neue Gobeline
(handgestickt) zu verkaufen.
Weißenfelser Str. 21, Hof.

Ein Erstlingskorb
mit Gestell, fast neu, zu verkaufen Ober-Altenburg 8, 1 Tr.

Kinderwagen zu verkaufen
Frankl ben, Bahnhof 2 II.

Guterhaltene Geige
preiswert zu verkaufen.
Unt r-Altenburg 65.

Shakespeares Werke
(150 Mk.) zu verkaufen. Ang. unter 2758 an die Exp. d. Bl.

A. Schlittschuhe
gut erhalten, Gr. 25, zu verkaufen Blumenthalstr. 4, 2 Tr.

Gebrauchte, noch gut erhaltene
Wurststopfmaschine
für Hausschlächter passend ist zu verkaufen.
Bündorf 25.

Eine **Puppe** (neu) und ein **Muff** zu verkaufen. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Einige Fuhren gemischte Spreu hat zu verkaufen
Franz Engelmann, Zöschen Nr. 35.

Spreu
gibt ab Meuschau Nr. 31.

Für die uns zu unserer **goldenen Hochzeit** erwiesenen Ehrungen und Geschenke sagen wir allen unseren
herzlichsten Dank.
Merseburg, Unter-Altenburg 29, den 25. Nov. 1920.
Gustav Quarg und Frau.

Die Beerdigung des Wachtmeisters a. D.
G. Zinsly
findet vom Trauerhause, Neumarkt 33, aus statt.

Die Beerdigung von
Fräulein Reinefarth
findet am Freitag nicht um 3 Uhr, sondern um **2 Uhr** statt.

Heute nacht entschlief plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Invalide
Adolf Bauer
im 67. Lebensjahre.
Ober-Beuna, den 25. November 1920.
Um stilles Beileid bitten:
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 28. November, nachmittags 3 Uhr statt.

Dienstag nachmittag 5 Uhr entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel
der Steinsetzer
Otto Hesselbarth
im vollendeten 68. Lebensjahre.
Er folgte unserer lieben Mutter nach 4 Wochen in die Ewigkeit nach.
Merseburg, den 25. November 1920.
Es bitten um stille Teilnahme aller Hinterbliebenen:
Die trauernden Kinder.
Otto Hesselbarth und Frau, New-York.
Bruno Hesselbarth, New-York
Hugo Heinrichsen und Frau Ida geb. Hesselbarth, New-York.
Paul Hesselbarth und Frau, Leipzig.
Alfred Hesselbarth und Frau, Leipzig.
Hermann Eser und Frau Erna geb. Hesselbarth, Leipzig.
Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Stadtfriedhofes aus statt. Zugedachte Kranzspenden bitte Obere Breitestr. 12 abzugeben.

Bei der telephonischen Aufgabe von Anzeigen
sowie bei Anfragen bezüglich :: Anzeigen, Zeitungsbezug :: und Drucksachen, bitten wir, unsere Geschäftsstelle durch
Fernruf 466
— zu sprechen. —
Geschäftsstelle d. Merseburg. Korrespondent

1,6 Hühner
zu verkaufen.
3 erfrag. i. d. Exp. d. Bl.

3 Stck. s. kupierte rassechte
Boxer-Hunde
preisw. z. verk. U.-Altenburg 65.

Verkaufe
1 Paar Läufer Schweine
Göhlitzsch 22.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol
100 000 fach bewährt
Preis M 3.00
Drogerie Atzel.

Schmierkäse,
reine Quarkware gibt ab per Pfund 8.— Mark
Wünsche, Käsehandlung,
Bismarckstr. 48.

Ausschneiden! Aufbewahren!

Vorsichtige Frauen
bei denen die Monats-Regel ausbleibt, überlegen genau, was sie zu tun haben und werden nicht ihr Geld für die fast täglich praktisch angepriesenen meist wirkungslosen Mittel fort. Nur ich allein als langjährig. Fachmann kann Ihnen noch helf
meine Original Mittel
bringen vielfach schon sofort **überraschend. Erfolg.** Ein Versuch macht auch Sie für Ihr ganzes Leben wieder froh und glücklich und werden auch Sie wie **Hunderte and. Frauen** voller Dankbarkeit für ganz Leben meiner erinnern ich habe Ihnen nicht zuviel gesagt was viele Frauen schriftl. aus Dankbarkeit bestätigt hab., trotzdem unschädlich. **Vol e Garantie** füge ich schriftlich bei, sonst Geld u. sämtl. Unkosten zur. Versand diskr. per Nachn
B. Weinert,
Hamburg 866, Catharinenstr. 2

Vereinigte Theater.

V.T.

Kammer-Lichtspiele
Kleine Ritterstrasse
— Nr 3. —

Telephon 529.

Modernes Theater
Grosse Ritterstrasse
— Nr. 1. —

Programme vom Freitag, den 26, bis Montag, den 29. 11.

Kammer-Lichtspiele	Modernes Theater
Sselam Aleikum!! Der große Orient-Film in 1 Vorspiel und 6 Akten.	**Die heilige Simplicia.** Filmlegende mit der jungen und reizenden, beliebten Künstlerin Eva May.

Diese beiden Seelen-Dramen von unendlicher Größe, deren Ereignisse in keinem Augenblicke die Spannung erlahmen läßt, versetzt die Theater-Besucher in einen Tumult der Gefühle.

Den Inhalt mit seinem unerhörten Tempo, mit der Fülle seiner atemraubenden Geschehnisse und mit seinem tiefen, fast sanktischen Grundgedanken, zu beschreiben, wäre eine Profanierung; diese Filme müssen gesehen, müssen erlebt werden, sie sind die Ereignisse der Spielzeit 1920—21.

Hierzu gutgewählte Beiprogramme.

---

5 Fuhren Pferdedünger
gibt ab Thüringer Hof.

72er. Antreten zur Beerdigung des Kameraden
Heiselbarth
Sonnabend ½3 Uhr Roonstraße 6. Der Vorstand.

Achtung!
3000 Stck. Christbäume
sind eingetroffen, besichtigt Ausw. Aug. Müller, Brauhausstr. 10.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

General versammlung
Die Mitglieder des Armenpflegeverbandes von St. Bit werden hierdurch zur Generalversammlung am Montag, den 29. November, abends 7 Uhr im Bergschlößchen eingeladen.
Der Vorstand.

Verein für Feuerbestattung in Merseburg und Umgeg. E. V.
Jahresbeitrag nur 5 Mk. Erhebliche Vorteile.
Auskunft durch den Vorstand.
Sonnabd. 27. 11 abends 8 Uhr
Monats-Versammlg.
im Alten Deßauer.

General versammlung des Konsumvereins Zöschen und Umg.
Sonntag, den 28. November, nachm. 2½ Uhr im Frankeschen Lokale.
Tagesordnung.
Antrag Müller und Genossen:
Anschluß an eine Großeinkaufs-Genossenschaft.
Der Aufsichtsrat des Konsumvereins Zöschen.
L. Bartholomäus, Vors.

Buchdr. Verein Gutenberg!
V. d. D. B.
Sonntag, den 28. November, von nachmittags 3 Uhr ab
Tänzchen im Kaffeehaus Meuschau!
Preis-Quadräteln!
Dies den Kollegen sowie unseren werten Gästen hiedurch zur gefl. Kenntnis.
Der Vergnügungs-Ausschuß

Prima
Futterkalk
hat zentner- und pfundweise abzugeben
Dorn Nachflg., Markt 7.

Preiswerte Wollwaren und Trikotagen:
Handschuhe, Strümpfe, Socken,
Damen- u. Herren-Westen,
Schals u. Kragenschoner, Cachenez,
Normal-Unterhosen, Hemden, Jacken,
Kinder-Jäckchen u. Mäntelchen,
Wollene Vorhemdchen,
Gamaschen für Erwachsene u. Kinder,
Pelz-Colliers, Muffen u. Garnituren für Erwachsene und Kinder,
Wollfriese, 130 u. 150 cm br. **M. 60 u. M. 70**
Kinder-Sweater von **M. 9** an,
Wollene Garne in bewährten Marken
zu niedrigsten Tagespreisen
bei
Otto Dobkowitz,
Merseburg.
Bis Weihnachten sind meine Geschäftsräume ununterbrochen, auch während der Mittagszeit, für den Verkauf geöffnet.

Wir suchen Agent
für den dortigen Platz und Umgebung geeigneten Herrn als einer alten deutschen Feuer-Versich.-Ges.
— — Bestand wird überwiesen. — —
Hohe Provisionen. Offerten unter H E 7469 an Ala-Haasenstein & Vogler, Halle a. S.

---

300 Mark Belohnung!
Montag, den 22. d. M., in der Abendstunde ist mittels Beschirr eine Fuhre Futterrüben aus meiner Rübenmiete in Cröllwitzer Flur gestohlen worden. Die Spur führte nach Spe zau. Vielleicht hat der Schrankenwärter Wahrnehmungen gemacht. Ohne Belohnung erhält, wer den Dieb so nachweist, daß er gerichtlich belangt werden kann.
Cröllwitz, den 24. November 1920.
W. Burckhardt.

Morgen Freitag
Schlachtefest
Rich. Tenner, Neumarkt 45.

Restaurant
Hohenzollern!
Heute **Schlachtefest!**

Sächsischer Hof
Freitag **Schlachtefest!**
Dazu ladet ein Der Wirt.

Restaurant „Börse" Obere Breite Str. 18
Freitag **Schlachtefest**

2 Gutsbes.-Töchter
Waisen, Mitte 20 u. Ober Jahre, m. Mk 100000 M. Vermögen, **wünsch. Bekanntschaft** welch. Ehe m. Landwirt oder Herren in sich. Position. Anz. u. H E 7473 an Ala-Haasenstein & Vogler, Halle a. S.

Dienstmädchen erhält,
wer die Unterhaltung, Laucha, zur Antwort benutzt.

Junges Mädchen sucht Aufwartung oder andere Beschäftigung nachm. Angeb. u 2762 a. d. Exp. d. Bl.

Aelterer Arbeiter
für Kiesgrube gesucht
C. Günther, Maurermstr.
Friedrichstraße 30.

50 Mark Belohnung
demjenigen, der mir zum 1. 12 20 eine Stelle als verheirateter Geschirrführer nachweist. Ang. unter Z sofort. Schkopau.

Erstklassige, tüchtige
Tischler
stellt ein
Möbelfab. Schwimmer
Neumarkt 22.

Schuhmacher lehrlg.
nacht Ostern 1921
Max Kranels, Amtshäuser 3.

Jüng. Dienstmädchen,
am liebsten v. Lande, in Haushalt von erwachsenen Personen gesucht. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Aufwartung
für vormittags gesucht
Hallestraße 5, 1 Tr.

Aufwartung
für sofort gesucht. Wo? sagt die Expd. d. Bl.

Schwarzer Glacéhandschuh
mit weißen Streifen, Sonntag nachmittag von Stadtriedhof bis Altenburg verloren. Bitte in der Exp. d. Bl. abzugeben.

Elternloses, armes Fräulein verlor gestern abend von der Großen Ritter- bis Gotthardstr. eine Handtasche mit sämtlichem Inhalt. Dem ehrlichen Finder wird eine gute Belohnung zugesichert. Abzugeben
Gr. Ritterstraße 15, 1 Tr. r.

Schluß
der
Anzeigen-Annahme
um
10 Uhr vormittags
für größere Anzeigen abends zuvor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201125-14/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 267. Donnerstag den 25. November 1920. 47. Jahrg.

Warnwort eines Deutsch-Amerikaners an Deutschland.

Aus der uns vorliegenden deutschen „Illinois-Staats-Zeitung" in Chicago (Vereinigte Staaten von Nordamerika) entnehmen wir diesen beachtenswerten Artikel:

Einen der wackersten Vertreter des Deutsch-Amerikanertums, den ich vor Jahren im Lande der Sterne und Streifen kennen und schätzen lernte, führte mir der Zufall in Harzburg wieder in den Weg. Der knorrige Alte, der in St. Louis zu den bekanntesten Gestalten der Geschäftswelt gehört, ist von einer so herzerfrischenden Grabheit, daß es die Leser der „Deutschen Zeitung" gewiß freuen wird, zu hören, wie man jenseits des großen Heringsteiches über unsere „Republik" denkt.

Seit 1912 war der Alte nicht in Europa gewesen; nun kam er über London und Paris, um auch dort die Stimmung zu sondieren; er meinte: „Ihr habt früher unser Dollarita das Land der unbegrenzten Möglichkeiten getauft — wie sollen wir das Deutschland Erzberger-Scheidemanns nennen? Ich habe nur einen Wunsch: Einen neuen Aristophanes her, der diese groteske Posse für die Nachwelt rettet! Wer mir noch 1915 gesagt hätte, daß so ein Unfug einst in meinem alten Vaterlande möglich sein könnte, den hätte ich für pathologisch erklärt. Heute ist ganz Deutschland vom Belt bis Bodensee politisch einfach irrsinnig, so wirkt es auf uns, die wir das Land Bismarcks kannten, und nun nach Eberts Paradies verschlagen werden. Es gibt kein milderes Wort: Einfach eine Idiotenanstalt; als ob jeden Deutschen die Trottelosis ergriffen hätte — harte Worte gewiß, aber wir fühlen alle so, die wir das gesunde Deutschland treu im Gedächtnis halten! Wie ist „my old country" geistig und wirtschaftlich verröbelt, verkommen — Berlin wirkt wie Wild-West... Diese Schieber und Schufte in Amt und Würden, das geht über „Tamany Hall" in New York (bekanntlich der politische Sumpf der Beutelpolitiker bei uns, diese ehrenwerte Society). Und eine Schwatzbude, die Arena einer Zieht, der Resonanzboden eines Nosenfeld und Lebebour — wie konntet Ihr nur geistig so verjuden und verröbeln, daß Ihr Euch willenlos so etwas bieten laßt? Bei uns teert und federt man solche Landesverräter ... Wie erbärmlich wirkt der „Mangel an Zivilcourage" beim Bürgertum — denn nur die bürgerliche Feigheit ist das Sprungbrett zum Erfolg der Proleten. So lange die Masse bei Euch ohne Gegendruck herrscht, kommt Ihr nie wieder hoch! England jubelt: solche politischen Idioten sieht man gern an der Spree im Glanze der Macht — das behagt John Bull ausgezeichnet! In London lacht man über Euren Adolf Hoffmann wie über keinen Zirkus-Clown — solche Politik gönnt man Euch ewig! — In Paris halten die ältesten Atheisten die Hände: Möge den Boches diese Bornierthheit der Internationale bleiben zum Segen des nationalen Frankreich! —

Das Gift der Internationale hat Euch entmannt! Ihr laust herum wie politische Kastraten, geradezu widerlich für gesund empfindende Nationalgesinnte aller Länder. Es ist mir unfaßbar, wie deutsche Männer diesen Zustand mit „Kriegspsychose" entschuldigen wollen — ebärmliche, knieschlotternde Feigheit des Bürger- und Beamtentums hat diese glorreiche Republik so werden lassen — — es gibt für dieses kläglichen Versagen der wilhelminischen femininen Geistesrichtung keine Entschuldigung. Betbmann ist nur der Sammelname für alle Wilhelmstraßler vom Geheimrat bis zum jüngsten Streber: Nur immer „durchdrängeln", nicht „aneden" — Volk eines Bismarck, was hat Euer Byzanz aus dir gemacht! — —

Im Auslande heißt es überall: So lange in Deutschland dieser Geist der Internationale regiert — und bei Euch regiert nur die Furchtbar der Masse — sind die Deutschen erledigt. Euer Ansehen liegt rettungslos am Boden wie Eure Valuta — wer soll denn noch Vertrauen haben? Leibel Schmul Braunstein, der sich Trotzky nennt, ist ja längst geheimer Regent bei Euch, Ihr habt den Bolschewismus schon lange! „Den Teufel spürt das Wölchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte ..." Das sage ich offen, und so empfinden alle Auslandsdeutschen, die ich sprach. Die Liebe zu diesem Deutschland haben wir aus unseren Herzen gerissen — erst müßt Ihr Euch wieder die Achtung der Welt verdienen, ehe man Euch wieder lieben kann. Die Hoffnung auf Gesinnungswandel bei der Masse ist auch nur Feigheitsprodukt; man wagt es nicht, auszusprechen. Nur mit eiserner Faust kann Deutschland aus dem internationalen Sumpf gerettet werden. Man „duckt" sich und duldet — da ist jede Gesundung ausgeschlossen. Die politische Feigheit ist die latente Seuche des deutschen Bürgers; daher die Verachtung der ganzen Welt. . . .

Es ist grausam, furchtbar, was ich da aussprechen muß; aber ich machte mich selbst der Feigheit schuldig, wenn ich es nicht täte. Ehe nicht die deutschen Bürger durch die Tat beweisen, daß sie die Schmach dieser Zeit nicht länger dulden wollen, eher glaubt niemand mehr an eine deutsche Zukunft. Einst habe ich bereut, ausgewandert zu sein, heute bin ich glücklich, kein Mitbürger eines Erzberger zu heißen, — wenn Ihr nur alle wüßtet, was dieser Name an Anklagen in sich birgt, wenn Ihr nur noch empfinden könntet, wohin Euch Erzbergerei und Scheidemannerei geführt — aber Ihr habt schon ganz das Gefühl Eurer Schmach verloren, und das erzeugt bei uns den entsetzlichen Ekel!

Warum ich diese unerbittlichen Worte des alten Deutschamerikaners wiedergebe? Weil aus ihnen der heiße Schmerz um ein verlorenes Ideal klang, weil aus ihnen doch immer noch die Liebe sprach — und weil diese Anklagen leider nur allzu wahr sind! Aber auch ein Deutschamerikaner sagte schließlich: „Die Jugend, sie allein kann uns retten!" Diese Hoffnung teile ich freudig!

(Karl Crube in der „Deutschen Zeitung".)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. November.

Am Ministertisch: Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Dr. Koch. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts für

die Ausführung des Friedensvertrages.

Zum Kapitel Kosten für den besetzten Ausschuß, das 20 Millionen Mark vorsieht, beantragt der Ausschuß Erhöhung auf 40 Millionen.

Abg. Wels (Soz.): Eine Revision des Vertrages ist nur dann zu erreichen, wenn die Erfüllung vorgenommen und wir Schadenersatz leisten. Es gibt nichts verlehrteres als den Schrei nach Rache. Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten, entweder Revanche oder Revision. Wir müssen die pazifistischen Kräfte in Frankreich stärken, damit der Imperialismus dort zieht. Daß die Regierung, wie der englische Premierminister anerkannt hat, den übernommenen Verpflichtungen der Ablieferung und Entschädigung bislang nachgekommen ist, verdient unsern Dank, aber diese Vertragserfüllung war auch nötig, um die Atmosphäre zu klären und unsern guten Willen zu dokumentieren. Angesichts der Höhe der im Friedensvertrag festgesetzten Summe ist auch den französischen Revisionspolitikern nicht wohl zu mute. Schon die Belastung durch die Kosten der Besatzungsarmee schließt jede Erfüllung unserer finanziellen Verpflichtungen aus. Wenn sogar jetzt von französischer Seite Vorschläge auftauchen, daß wir an die Stelle der finanziellen Leistungen solche in Naturalien und Industrieerzeugnissen treten lassen, so sollte dieser Vorschlag an den Arbeitern nicht scheitern. Unsonehr ist es zu bedauern, daß unsere Vorschläge für den Wiederaufbau noch auf so wenig Gegenliebe gestoßen sind. Die Art, wie unsere Regierung die Frage behandelt, läßt nicht auf Ihren guten Willen schließen, den Wiederaufbau als das Rückpfand der Wiedergutmachung anzusehen. Frankreich allein kann jedenfalls den Wiederaufbau nicht aus eigener Kraft leisten. Die deutsche Arbeiterschaft ist bereit, ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen, andererseits muß das Ausland über die Schwere unserer Belastung aufgeklärt werden, sowie über unsern guten Willen, unsere Pflichten nach Möglichkeit zu erfüllen.

Reichsminister Dr. Simons stellt richtig, er habe in Köln nicht gesagt, daß die Entente die versprochenen Vorschüsse nicht geleistet habe, die Sache liege vielmehr so, daß nach unsern Ablieferungen allmonatlich festgestellt werde, ob wir oder die Entente ein Guthaben hätten. Wenn wir ein Guthaben hätten, würde uns das bis nicht ausgezahlt, sondern zum späteren Ausgleich zurückbehalten.

Abg. Schreiber (Ztr.) bedauert, daß eine Nachprüfung der Kosten für die Besatzung unmöglich ist, weil die Gegner jede Rechnungslegung verweigern, ausgenommen die Belgier. Beschwerden gegen das Besatzungsheer von 150 000 Mann haben nur dann Wert, wenn das ganze Volk sie unterstützt. Den Amerikanern müssen wir klar machen, daß alle ihre Liebesgaben unsonst sind, wenn wir an den Kosten des Besatzungsheeres verbluten müssen. Redner protestiert gegen die schwarzen Truppen, die noch immer auf dem linken Rheinufer stehen und unsere kulturell hochstehende Bevölkerung herzeraltigen. Er protestiert auch gegen den Sklavenhandel, der unter dem Deckmantel der Fremdenlegion betrieben wird. Wozu sollen die zwölf Flugplätze dienen? Auf die Rechtswidrigkeit dieser Einrichtung muß das Ausland entsprechend aufmerksam gemacht werden. Die Rheinlandkommission hat nicht das Recht, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Verfügungen zu erlassen. Sie darf keine Preßverbote aussprechen, vor allem aber darf sie nicht die hohen Forderungen aufstellen, die aus dem Etat hervorgehen. Entschieden protestiert werden muß gegen das System der friedlichen Durchdringung, das im Rheinland leider bereits Früchte zu tragen beginnt. Ein Reichsschulgesetz muß den Rheinländern in ihrem schweren Kampfe, für dessen mannhafte Durchführung sie den Dank des gesamten deutschen Volkes verdienen, zu Hilfe kommen. Auf die Dauer können wir aber eine Jahresbelastung von 20 Milliarden Mark aus dem Friedensvertrag nicht leisten. Redner regt die Bildung eines parlamentarischen Ausschusses an, der sich mit den Verhältnissen im besetzten Gebiet ständig befaßt, sowie Schaffung einer Stelle, der eine Kontrolle über alle Beschaffungen des Reiches zusteht. In der Fürsorge der elsaß-lothringischen Beamten darf nicht nachgelassen werden. Daß die Gewerkschaften die Aufklärung des Volkes über die schweren Lasten des Friedensvertrages eingeleitet haben, ist zu begrüßen. Diese Aufklärung muß in allen Schichten der Bevölkerung durchgeführt werden.

Abg. Dr. Reichert (Dn.) betont, der Abg. von Graefe habe in Hannover sich nicht für eine Revanchepolitik ausgesprochen, vielmehr genau das Gegenteil gesagt.

Abg. Kapf (D. Vpt.): Es ist kein Wunder, wenn im Rheinlande der alldeutsche Gedanke alles andere verdrängt. Das verkleinerte und verstümmelte Deutschland steht vor einer finanziellen Unmöglichkeit. Das Volk ist enttäuscht über den Ausgang des Krieges, aber auch über die Revolution.

Abg. Dr. Breitscheid (USS): Die Hauptleidtragenden des Krieges und des Friedensvertrages sind die arbeitenden Klassen, aber unsere Lage ist eine Folge der Politik der Kriegsverbrecher.

Abg. Korell (Dem.)

bespricht die Wirkung der Ministerreden in der ausländischen Presse. Die französische Presse sieht in der ganzen Interpellationsdebatte den Beweis, daß Deutschland sich um die Erfüllung des Friedensvertrages drücken wolle. Herr Breitscheid wirft dem Minister Mangel an politischer Klugheit vor, hält er etwa seine Fragen nach dem eventuellen Bundesgenossen für politisch klug. Wenn man hier, wo es sich um die Not des Rheinlandes handelt, nur immer die Schuldfrage aufwirft, wird dem Lande damit nicht geholfen. Das werden Herrn Breitscheids Anhänger im Rheinlande ihm selber bestätigen. Redner schildert dann die Angriffe der hohen Kommission. Frankreich will seinen Worten nach die Demokratie in Deutschland stützen. Damit aber, daß es dieser demokratischen Regierung konsequent die rechnerischen Grundlagen für die Besatzung vorenthält, unterstützt es die Demokratie nicht. Die 15½ Milliarden, die wir für die Besatzungsarmee in den Etat eingestellt haben, scheinen wir nicht auszureichen. Zu den wirtschaftlichen Schäden kommt der Umstand, daß zu zahlende Entschädigungen gar nicht aber doch nur sehr langsam zur Auszahlung kommen. Redner schließt mit einem Protest gegen Versailles. Im Gegensatz zu dem Abg. Breitscheid bin ich der Ansicht, daß man nur dann etwas erreichen kann, wenn man es wieder und wieder in das Weltgewissen einhämmert, daß dieser Vertrag von Versailles eine einzige Lüge ist gegenüber den Grundsätzen, die zum Waffenstillstand geführt haben. Im Interesse der Demokratie, des Rechts und der gesamten Nation fordern wir die Revision.

Abg. Fries (USS. links): Der Krieg hat die internationale Arbeiterschaft verloren, deshalb tröst sie allein die Kosten. Die Klagen der rheinischen Bürgerschaft erscheinen übertrieben, sonst würden die Bürger es nicht dorthin, englische Offiziere in ihre Wohnungen aufzunehmen, statt deutsche Arbeiter und Angestellte. Wenn das Mißtrauen gegen Deutschland noch immer besteht, so liegt das namentlich an der Orgesch-Organisation. Die Entschädigungsansprüche werden in einer Weise zur Auszahlung gebracht, daß die Kreiskommission den Geschädigten Tausende von Mark mehr auszahlt als gefordert werden. Dieses Verfahren schädigt uns im Auslande, öffnet aber andererseits den Arbeitern die Augen. Demgegenüber hilft nur internationaler Zusammenschluß aller Arbeiter auf kommunistischer Grundlage.

Damit ist die Aussprache beendet. Es folgt die Einzeldebatte.

Die Verhöhnung der Posten für den hohen Ausschuß auf 40 Millionen wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Der Rest des Etats wird ohne wesentliche weitere Debatte genehmigt.

Donnerstag, mittag 1 Uhr. Interpellation Trimborn wegen Beseitigung der rheinischen Bevölkerung durch den Regierungsvertreter v. Falkenhayn und Gesetz über Oberschlesien.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 24. November.

Zur zweiten Beratung steht der Gesetzentwurf zur Einführung einer Altersgrenze.

Abg. Klausner (USS.) will die Pensionierung allgemein mit der Vollendung des 65. Lebensjahres eintreten lassen. Mit dieser Maßregel ist seine Partei für das Gesetz.

Abg. Weisermehl (Dn.): Seine Partei beantragt Pensionierung der Richter bis zum 70. Jahre, der anderen Beamten bis zum 68. Lebensjahre aufzuschieben.

Blinder Haß.

Roman von Alfred Sassen.

30. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie spürte es wohl auch, denn sie tastete scheu nach Renas Kopf und drückte ihn einen Augenblick fest an ihre Brust.

Dann streckte sie sich wieder aus und kehrte ihr Gesicht abermals der Wand zu.

Auf einmal aber setzte sie sich mit einem Ruck in ihrem Bett gerade. Man sah, es war ein schweres, dunkles Ringen in ihrer schmerzgemarterten Brust. Plötzlich erklang, gewaltsam herausgestoßen, die Frage von ihren Lippen: „Wer hat mich aus dem Wasser gerettet — ? Du weißt natürlich darum?"

Rena antwortete sanft: „Tante, ich möchte nicht, daß du dich von neuem quälst und aufregst —"

Da unterbrach sie die Blinde fast heftig: „Ja, glaubst du denn, ich habe Stunde um Stunde hier gelegen und leer vor mich hingedämmert? Seit man mich dem geluchten Tod entrissen, ist ein Kämpfen in mir — ein Kämpfen so voll Lust und Qual — ach, wie soll ich die beschreiben —"

Sie vollendete nicht, sondern preßte nur mit einer Bewegung, die mehr sprach als alle Worte, beide Hände auf die Brust.

Dann sagte sie voll wundersamer Bestimmtheit: „Komm, hilf mir in meine Kleider. Du hast mir zwar den Namen dessen noch nicht genannt, der mich aus der Finsternis des nahen Todes, die für mich eine Finsternis ohne Ende geworden wäre, errettet hat. Aber ich brauche keine Antwort auf meine Frage auch nicht. Ich kenne ihn, der es vollbracht — mit dem Einsatz seines eigenen Lebens . . . Und wenn es auch Abend ist, noch in dieser Stunde will ich hingehen, will ihn aufsuchen und ihm für seine Tat danken."

Sie tastete nach Renas Händen, damit sie ihr helfen sollten, aber diese Hände ließen sich nicht finden.

Das junge Mädchen stand in stürmisch-seliger Freude über die Umwandlung, die in dem haßverbitterten Herzen der Tante vor sich gegangen war, zugleich aber auch in beklommenem Überlegen, wie sie der Armsten möglichst schonend das Notwendige mitteilen solle.

In dies Übertragen hinein erklang ein dumpfer Schrei, dem die atemlosen Worte folgten: „Wo bist du — ? Warum spricht du nicht? Schweigst du, weil kein Weg mehr für mich zu meinem Retter ist — ?" Hat meine Rettung ihm das Leben gekostet? Ist — er — tot — ?!"

„Nein, nein — wie kannst du denken", beeilte sich Rena, die furchtbare Spannung in der Brust der Blinden zu lösen.

Die alte Frau faßte, ohne es zu wissen, die Hände. Dabei drängte sie aber voll bebender Hast: „So sprich doch — was ist sonst — ? Ich fühl es, du willst mir etwas verheimlichen —"

„Ich will und darf dir nichts verheimlichen", sagte Rena in ernstem Gefaßtsein. „Höre denn. Dein Jugendfreund Walter Hüttlich ist schwer erkrankt, Tante. Ein bösiges Fieber —"

„Ist — ist es hoffnungslos — ?"

„Das möge der Himmel verhüten! Der Arzt glaubt es auch nicht. Er erwartet viel von der kräftigen Natur des Kranken."

„Wo — befindet er sich?"

„Er ist dir näher, als du glaubst."

Und das junge Mädchen berichtete, wie der Deutsch-Amerikaner in der Schicksalsnacht vor dem Tor des „alten Schlosses" im Wagen des Bewußtseins verloren habe und auf Anordnung des Arztes unverzüglich in das Haus getragen worden sei.

„Unter meinem Dach", flüsterte die Blinde in träumerischer Erschütterung.

Ein ganz klein wenig zaghaft sprach Rena weiter: „Es ist Oskars Zimmer, liebe Tante, in das die Leute den Ohnmächtigen trugen und in dem er nun krank daniederliegt —"

Die Blinde wankte auch bei dieser Mitteilung nicht in ihrer starken Erhebung aus den Banden des Großen und des Hasses.

„So nun", sagte sie feierlich, „in dem Raum, den der Tod verödet hat, ein bedrohtes Leben, das mir so teuer ist, als das daraus entflossene, sich zu neuer Kraft und Gesundheit erheben! Sie faltete die Hände. „Das ist mein wahrhaftiges Gebet zu Gott!"

Langsam ließ sie sich wieder in die Kissen zurücksinken. Eine Weile lag sie ganz still — dann fragte sie leise: „Sein Sohn — ? Wie geht es ihm? Was macht seine Wunde? Befindet er sich noch in Davos — ?"

Dem jungen Mädchen stieg ein Schluchzen in die Kehle — aber es war ein Schluchzen des Glücks. Die Tante hatte nach Hermann Hüttlich gefragt, nach seinem Ergehen!

Tag — es war strahlender Tag geworden! Nicht nur für das verfinsterte Herz der Tante — auch das ihre, das so betrübt an Hoffnung und Freude gewesen, durfte sich haben in wonnigem Licht. Sie fühlte es, die wirren Fäden, in denen sie und der Geliebte, eins so weitfern vom anderen, sich gebunden und gefangen gesehen, lockerten sich — bald fielen sie wohl ganz ab!

Stammelnd beantwortete sie endlich die Frage der alten Frau: „Es geht ihm gut, nicht schlecht. Nur aus Vorsicht ist er noch in Davos geblieben. Der Lehrer hat ihm jedoch telegraphisch die Erkrankung seines Vaters angezeigt. Er hat sofort zurücktelegraphiert, daß er kommen werde. Er fühle sich wohl genug zum Reisen, auch der Arzt habe nichts dagegen. Morgen mittag wird er hier sein."

Die Blinde nickte mit dem Kopf. „Morgen mittag — gut. Nicht eher will ich zu Walter Hüttlich hinüber. Wie ist, als müsse ich von seinem Sohn erst die Erlaubnis haben, an das Krankenbett treten zu dürfen."

„O Tante, Tante", schluchzte nun Rena laut heraus, „wenn noch alles gut würde —!"

Die alte Frau murmelte in tiefster Erregung ein paar Worte, die nicht zu verstehen waren — aber um so verständlicher war die Bewegung, mit der sie impulsiv den Kopf des jungen Mädchens an ihre Brust zog.

Um die Mittagsstunde des anderen Tages stand Rena allein drunten in der großen Wohnstube am Fenster. Der Alten versagte ihr, auch die Füße wollten treulos werden — sie mußte sich am Fensterbrett halten, um nicht umzusinken.

Draußen war eben ein Wagen vorgefahren. Sie wußte, wen er gebracht hatte . . .

Hermann Hüttlich trat mit dem Lehrer Reinsdorf, der ihn am Bahnhof in Göschwitz erwartet, in das Haus. Der junge Mann hatte hinter den Scheiben des Zimmers, in dem er vor mehreren Wochen der grünenden Blüten gedenken gelanden, ein blasses, aber doch in seligem Glanz getauchtes Antlitz gewahrt. Nun riß er die Tür auf und schloß die bebende Mädchengestalt in seine Arme.

Rena ließ es geschehen. Jetzt, nach der großen Wandlung in der Seele der Tante, durfte sie den ersten Kuß des Geliebten hinnehmen und erwidern. Die Welt versank ihr einen Augenblick in dem großen, mit den heißesten Tränen und bittersten Qualen erkauften Glück.

Plötzlich aber schreckte sie immer und mehrte den Geliebten ab. „Nein, nein, Hermann — Ihr Vater — o, wie konnten wir —"

Über die Züge des jungen Mannes ging ein ernstes Lächeln. „Wir taten, was uns die Übermacht des Augenblicks gebot", sagte er einfach. „Komm, Rena, nun treten wir mit verschränkten Händen an das Krankenbett des Vaters, und mit verschränkten Händen wollen wir ankämpfen gegen die letzten dunklen Schatten, die uns noch von unserm Glück trennen. O, Vater wird gesund werden! Es kann nicht anders sein! Herr Reinsdorf sagte mir ja auch — aber wo ist denn unser lieber Freund —?"

Der Lehrer hatte die jungen Leute der wehmütig großen Seligkeit ihres Wiedersehens allein überlassen und war inzwischen hinangestiegen zur Krankenstube.

Sie folgten ihm.

Oben auf dem Flur blieb Rena aber stehen und schob weich und sacht ihre Hand in die des jungen Mannes.

Bittend sagte sie: „Hermann, wissen wir nicht, ehe wir eintreten, zur Tante gehen und sie mit uns nehmen? Sie hat noch nicht an dem Krankenbett gestanden, weil sie meint, sie trage die Schuld an dem Unglück, und du, der Sohn des Erkrankten, müßtest ihr erst die Erlaubnis geben, zu ihm gehen zu dürfen —"

Erzürnen klopfte Hermann Hüttlich an die ihm von dem jungen Mädchen bezeichnete Tür der Blinden.

In ihren schwarzen, wunderbaren Händen stand Frau Magdalene mitten im Zimmer, die großen, toten Augen geradeaus gerichtet. Den hoheitsvollen Kopf mit dem schweren weißen Flechtenkranz senkte sie jetzt, als die Tür ging, wie in bittender Demut, und mit einer unbeschreiblichen Bewegung streckte sie beide Hände aus —

Hermann Hüttlich ergriff diese Hände, und die machtvolle Erschütterung, die ihn überkam, war so groß, daß er ein tiefempfundenes „Mutter" murmelte.

Zugleich beugte er unwillkürlich ein Knie vor der Blinden — vor der besiegten Siegerin.

Sie hüte ihn auf die Stirn. Still harrte er ein Weilchen unter der Berührung, die Segen und eine Bitte um Verzeihung zugleich bedeuten sollte . . .

Dann traten die Drei in das Krankenzimmer, wo eine ältere Pflegeschwester mit gleichmäßigen, geräuschlosen Bewegungen hantierte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201125-14/fragment/page=0005

Abg. Bartel (Dem.) ist gegen die Hinausschiebung der Altersgrenze. Seine Partei beantragt die Einbeziehung eines § 7a, wonach das Gesetz durch Orts- oder Provinzialstatut auch für Kommunalbeamte Rechtskraft erlangt.

Abg. Hollmann (D. Vpt.) beantragt die allgemeine Festlegung der Altersgrenze auf das 68. Lebensjahr. Von dem Geltungsbereich des Gesetzes sollten Minister und evangelische Kirchenbeamte, sowie die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts ausgenommen werden.

Abg. Reinke (Ztr.): Bezüglich der Altersgrenze stimmt seine Partei mit den Deutschnationalen überein. Von der Geltung des Gesetzes sollten bis auf weiteres auch die Beamten und Lehrer im besetzten Oberschlesien ausgenommen werden.

Abg. Freymuth (Soz.) lehnt die Änderungsanträge namens seiner Partei ab.

Minister Lübemann: Die infolge des Krieges eingetretene Überalterung der Beamten läßt eine Stagnierung der Staatsgeschäfte im gewissen Umfange berechnen. Das 65. Lebensjahr ist nicht willkürlich gewählt. Es ist dem Staat nur vielmehr dasselbe Recht eingeräumt, das der Beamte heute schon hat, da er mit 65 Jahren seine Pensionierung fordern kann. Für Entfernung politischer Beamten brauchen wir kein Altersgrenzengesetz.

Der Antrag der Deutschnationalen, die Altersgrenze auf 68 Jahre, für Richter und für Hochschullehrer auf 70 Jahre festzusetzen, wird in namentlicher Abstimmung mit 101 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Es bleibt bei 65 bezw. 68 Jahren.

Der Zentrumsantrag betr. Oberschlesien wird angenommen, ebenso ein Antrag der Deutschnationalen, der die Mitglieder des Landeswasseramtes den Richtern gleichstellt. Im übrigen bleibt die Ausschußfassung nach Ablehnung aller weiteren Anträge unverändert.

Darauf wird die zweite Haushaltsberatung bei der Justizverwaltung fortgesetzt.

Minister Dr. Am Zehnhoff stellt gegenüber dem Abg. Seelmann fest, daß gegen den Landgerichtsräsidenten Karmitz, wie gegen alle anderen Beteiligten am Kapp-Putsch eingeschritten werden müßte. Im Falle Sinowjew hat das Reichsjustizministerium die Merkmale des Hochverrats nicht als gegeben erachtet. Mit einem Strafvollzugsgesetz muß man warten, bis das materielle Strafrecht geregelt ist.

Abg. Obuch (NS.): In der Behandlung der Untersuchungsgefangenen müssen menschliche Grundsätze zur Geltung kommen. Entgegen dem Willen des Gesetzgebers sind viele Angeklagte aus dem Jahre 1919 nicht amnestiert worden. Diese einseitige und parteiische Handhabung der Amnestie hat im Volke starke Empörung hervorgerufen. Warum sind immer noch nicht die Ausnahmegerichte gegen die Bühne bewaffneter Formationen aufgehoben? Weil diese Freikorps der ordentlichen Justiz entzogen sind, sind noch viele Mordtaten an Arbeitern ungesühnt.

Ein Regierungsvertreter erwidert, der Redner möge seine Freunde im Reichstag veranlassen, beim Reiche auf die Aufhebung der Sondergerichte hinzuwirken, Preußen ist dafür nicht zuständig. Das Amnestiegesetz wird im allgemeinen weiterzig ausgelegt.

Abg. Kilian (Nationalsozialist): Der Justizminister wird sein Eintreten für die Orgesch wohl selbst nicht mehr aufrecht erhalten. Wir fordern schärfstes Einschreiten gegen diese Organisation.

Donnerstag 12 Uhr: Fortsetzung.

Handel — Verkehr — Industrie

= **Der Markkurs** notierte am Dienstag in Zürich **10,10 Centimes**, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,70 Centimes gestiegen. In Amsterdam wurden für die Mark 4,80 Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verschlechterung um 0,15 Cents bedeutet.

= **Geringe Abnahme des Papiergeldumlaufs.** Der Stand der Reichsbank entwickelte sich in der Woche vom 8. zum 15. November im Zusammenhang mit notierten Rückflüssen an Zahlungsmitteln verhältnismäßig günstig. Die gesamte Kapitalanlage stieg zwar um 2786,7 Millionen Mark auf 52 801,9 Millionen Mark, die bankmäßige Deckung allein um 2779,8 Millionen Mark auf 52 558,9 Millionen Mark, dagegen erfuhren die fremden Gelder eine die Inanspruchnahme der Anlagekonten noch übersteigende Erhöhung um 3405,5 Millionen Mark auf 16 697,9 Millionen Mark. Die Verringerung des Umlaufs an Banknoten und Darlehnskassenscheinen zusammen betrug 755,2 Millionen Mark; der Banknotenumlauf verminderte sich um 495,2 Millionen Mark auf 63 104,9 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 260 Millionen Mark auf 12 646,1 Millionen Mark. Die Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen erhöhten sich weiter um 651,5 Millionen Mark auf 20 761,9 Millionen Mark.

= **Ermäßigung der Emaillepreise.** Der Verband deutscher Emaillierwerke in Berlin hat seine Preise wie folgt ermäßigt: Für Inlandslieferungen betragen die Aufschläge bei Kistensendungen 500 (bisher 550) Proz., bei losen Ladungen von mindestens 1500 Kilogramm 460 (500) Proz., bei vollen Ladungen von mindestens 5000 Kilogramm 425 (460) Proz. Die Aufschläge für Exportlieferungen, die in Markbewährung zu begleichen sind, betragen unverändert 550 Prozent auf die Grundpreise.

= **Aufhebung der Bewirtschaftung von salz. Soda, Kristall-Soda, Natronlauge, ätzkali und Pottasche.** Amtlich wird gemeldet: Die Aufhebung der Bewirtschaftung vorstehend angeführter Stoffe mit Wirkung ab 1. November ist am 30. Oktober 1920 vom Reichswirtschaftsministerium verfügt worden. Die diesbezügliche Bekanntmachung erscheint im „Reichsanzeiger". Die Zentralstelle für Ätzkalien und Soda sowie die ihr unterstehenden Verteilungsstellen haben infolgedessen am 30. Oktober d. J. ihre Tätigkeit eingestellt. Die Verbraucher müssen sich künftighin unmittelbar an die in Frage kommenden Erzeuger und Händler wenden. Soweit für die Periode November/Dezember bereits Bezugsscheine ausgestellt sind, werden diese den Lieferern nach Möglichkeit als Unterlage für die Belieferung dienen. Die Abwicklungsstelle der aufgelösten Zentralstelle ist auf Wunsch bereit, in Einzelfällen, wo der Bezug von Ware Schwierigkeiten machen sollte, zu vermitteln. Das Sodaynbidat wird bestrebt sein, die lebenswichtigen Betriebe bevorzugt zu beliefern. Auch der Handel hat sich in gleicher Weise verpflichtet.

= **Am Bremer Baumwollmarkt** war der Geschäftsverlauf in der vergangenen Berichtswoche sehr still. Fullmiddling loko notierte am 8. November 49 ℳ (abends 51½ ℳ) der Kilo; am 9. bds. mittags 51½ ℳ (abends 51 ℳ); am 10. bds. 49 ℳ (abends 50 ℳ); am 11. bds. 50 ℳ (abends 50 ℳ); am 12. bds. 50 ℳ (abends 50 ℳ); am 13. bds. über 47,50 ℳ. Die Zufuhren in Bremen betrugen 19 635 Ballen aller Sorten (davon 15 188 amerik.); seit 1. August 1920 aber 202 687 (davon 199 193 amerik.) Ballen. Ausgeführt wurden gleichzeitig 18 537 (18 188 amerik.) Ballen; seit dem 1. August 1920 aber 197 107 (davon 195 617 amerik.) Ballen. Die sichtbaren Baumwollvorräte der Welt betrugen am 12. November 1920 insgesamt 4 619 000 Ballen aller Sorten, gegen 4 416 000 Ballen in der Vorwoche und 4 513 000 Ballen in der entsprechenden Woche des Vorjahres.

= **Absatzschwierigkeiten der Kaliwerke.** Aus einer von dem Abgeordneten Albrecht an die Reichsregierung gerichteten Anfrage geht hervor, daß sich die Kaliindustrie in einer schweren Absatzkrise befindet. Dabei ist die Gestellung von Eisenbahnwagen so mangelhaft, daß nicht einmal die geringen Aufträge zum Versand gelangen können. Gestellungswagen werden wegen der Kartoffelrantsorte fast überhaupt nicht gestellt und in E-Wagen darf nur nach den Nutzgebiet und den Binnenhäfen verladen werden. Dem Vernehmen nach liegt der Hauptgrund für den Wagenmangel darin, daß die mit Kohlen beladenen Wagen, welche nach Frankreich und Polen gehen, von dort nicht fristgemäß zurückkommen. Bei längerem Anhalten eines derartigen Wagenmangels würden Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen, welche schon jetzt wegen der Absatzstockung kaum vermeidbar erscheinen, sicher eintreten.

= **Ablieferung der französischen Wertpapiere auf Grund des Friedensvertrages.** Das Reichsfinanzministerium, Stelle für ausländische Wertpapiere, fordert nunmehr entsprechend einem Verlangen der französischen Regierung zur Ablieferung der unter dem 12. Mai beschlagnahmten in Frankreich beheimateten Wertpapiere auf. In Betracht kommen nach einer Bekanntmachung im „Reichsanzeiger" Obligationen, Aktien, Genußscheine, Anteile usw., aber keine staatlichen Papiere, die schon früher auferwiesen wurden. Die Ablieferung ist in der Zeit vom 22. November bis 18. Dezember zu bewirken. Die Vermittelung hat wieder zu geschehen durch diejenige inländische Bankfirma, bei der die Wertpapiere seinerzeit angemeldet wurden.

Vermischte Nachrichten.

* **Irrtümliche Beschlagnahme einer Geldsendung.** Auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin wurden am vergangenen Sonntag von dem Oberbahnhofsinspektor Schmidt bei der Revision eines Güterwagens zwei schwere Kisten entdeckt, die Goldbarren im Gewichte von 109 Kilogramm enthielten. Da der Verdacht nahelag, daß es sich um eine groß angelegte Goldschiebung handle, wurde sofort die Staatsanwaltschaft benachrichtigt, die durch Kriminalbeamte die Mitinnenjenbung beschlagnahmen ließ. Jetzt hat sich aber bei der genauen Prüfung der Papiere herausgestellt, daß es sich um einen Banktransport, also um eine reguläre Sendung, von Schweden nach der Schweiz handelt. Die verfügte Beschlagnahme ist bereits wieder aufgehoben worden.

* **Umfangreiche Fahrkartenunterschlagungen.** Auf dem Duisburger Hauptbahnhofe ist man in den letzten Tagen umfangreichen Unterschlagungen in der Fahrkartenausgabe auf die Spur gekommen. Bisher sind 17 Personen in Haft genommen worden. Es soll sich um Betrügereien beim Verkauf von Fahrkarten handeln, die unter Ausschaltung der Kontrollpostenkette ausgeführt wurden. Der hierdurch dem Staate zugefügte Schaden soll in die Hunderttausende, wenn nicht sogar in die Millionen gehen. Die Untersuchung ist in vollem Gange.

* **Furchtbares Kindersterben.** In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres wurden in Bayern 878 Kinder geboren. Unter ihnen befanden sich 56 Totgeburten. Von den 485 Personen, die gestorben sind, waren nahezu ein Drittel Kinder im ersten Lebensjahre. Diese Statistik illustriert aufs furchtbarste die Folgen der englischen Hungerblockade.

Gewinn-Auszug

der

16. Preuß.-Südd. (242. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klass. 15. Ziehungstag. 22. November 1920.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je eine Hälfte aller gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen

3 Gewinne zu 30000 M 207648
3 Gewinne zu 15000 M 203412
3 Gewinne zu 10000 M 31356
4 Gewinne zu 5000 M 22316 200059

86 Gewinne zu 3000 M 1202 12248 16583 19916 28317 33438 41278 43341 44154 57935 58509 63347 65330 69357 73761 90808 96334 110113 139095 139361 139791 146509 153221 163873 166439 171109 174553 176941 179293 179500 192223 194514 195200 195896 197351 201203 201638 204283 211302 226801 229979 233481 233918

208 Gewinne zu 1000 M 2914 5952 6389 8474 10767 15334 15579 15906 19258 22748 23060 24184 24519 25432 25749 26678 28783 30758 32912 39544 40961 41873 44204 44307 47717 49342 51373 52749 57842 71554 75849 79503 81304 82891 87737 88262 88648 90249 90795 91278 91733 95790 96758 103021 103282 104531 104679 117678 118284 123107 124028 127533 127577 128076 130403 130523 131013 134155 135249 136738 136830 136393 138040 146868 147068 147395 147857 148332 150357 152985 155742 160335 162759 167741 169364 171449 176285 180914 181467 184193 185008 188203 187048 188170 188712 190194 190788 192271 199107 200515 210149 213808 216338 216580 219694 220653 221181 222674 222783 223023 225402 227600 230409

202 Gewinne zu 500 M 167 5342 7408 10289 10887 18897 22786 25230 28137 28374 29743 33248 37253 38159 41300 41679 44513 44573 45211 54285 57953 58730 59107 60955 62349 62438 63420 63938 68791 77204 79177 79196 80507 83823 83223 85257 95159 95980 100458 102533 103333 105970 106318 115075 115459 120784 121181 121455 123957 123804 125607 128242 128307 128308 129958 131124 132555 134242 144251 146792 148540 148758 149033 152108 154712 158154 158597 159031 157770 163972 172345 173872 178932 178191 175528 178186 178534 180095 180730 180563 183331 183905 184350 187833 188448 192231 192254 199159 199568 202584 203506 203508 204642 214552 216225 218887 221517 221639 222507 225579 232462

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen

3 Gewinne zu 30000 M 227470
3 Gewinne zu 10000 M 63988
18 Gewinne zu 5000 M 04368 11808 112905 127592 144399 144582 178008 198412

93 Gewinne zu 3000 M 15332 20367 24374 35041 36300 39177 41628 42362 54104 57379 60286 60712 61302 64269 70809 73963 80119 82425 91478 97411 98402 100120 111755 113609 122846 132878 141896 148241 149504 149245 151193 161223 162507 176791 181978 190784 196548 199669 209583 211741 214948 215276 215704 219003 224915 232141

214 Gewinne zu 1000 M 216 295 915 5351 8498 9917 9995 10714 10884 12801 18136 18759 19489 23799 24262 31473 34850 35923 39414 42259 43137 45109 46104 48307 48578 52279 55831 57924 59102 60871 62178 63435 66454 71324 74270 82124 82889 92999 95348 97083 99328 101037 95860 98863 97775 98153 98710 99394 100923 102108 104823 114409 116483 118720 119684 120829 121967 123228 123521 127162 127331 129193 131266 132188 134056 134143 135118 135008 138994 139734 140852 140922 142856 145087 143880 143908 145111 149234 149917 152206 152230 154402 154715 160189 160551 164364 168543 170754 171872 172839 174531 175051 177000 179997 180347 182195 184914 197766 200923 201814 202406 203915 212442 214541 216773 226127 232658

210 Gewinne zu 500 M 1178 7469 7780 10180 12740 14165 15607 17285 23376 23550 26387 27321 32237 33354 36008 33372 41220 43978 49937 52547 54021 57135 62697 67445 71760 74300 74202 79159 79308 82536 85195 87552 92795 92908 93240 93528 95895 97311 99139 101205 104798 110855 111028 114818 115776 117887 120664 127259 131219 132791 135285 138774 138596 140717 141934 144427 145453 146952 148547 148558 149107 150439 150899 152365 152362 153758 154495 154851 156898 161149 161821 167480 167516 167897 170134 171375 172633 174484 176811 178798 183412 185593 187127 189118 190272 191082 192256 193822 194159 197434 208122 209092 209647 210302 213331 214909 216444 217318 218851 219656 224531 225100 228043 227854

Auslandsspeckverkauf

findet **am 30. November d. J.** in den **bisher zugelassenen Fleischverkaufsstellen** statt. Auf den Kopf der Bevölkerung werden **150 g** zum Preise von **3,60 Mk.** verabfolgt.

Die **Ausgabe** erfolgt auf Bezugschein Nr. 6 des **Lebensmittelheftes.**

Abgabe der Bezugscheine bis 27. November in den Fleisch-Verkaufsstellen.

Die gesammelten Bezugscheine sind mit Forderungsnachweis von den Verkaufsstellen am Montag, den 29. November zwischen 8—9 Uhr vormittags im Fleischbeschaumt abzugeben.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der oben angeführte Preis nicht überschritten werden darf.

Merseburg, den 24. November 1920.

LA I 1178 20. Der Magistrat.

Wohnungstausche!

Wer will seine Wohnung in Merseburg mit einer solchen anderer Städte **tauschen**, oder

Wer sucht Wohnung in Merseburg und Umgegend?

Vermittlung erfolgt kostenlos durch:

Franz Haluszczak

Merseburg,
Dammstr. 6 Nulandstr. 8.
Tel. 576 Tel. 270.

Rehe, Hasen, Gänse, Enten, Rebhühner, auch geteilt empfiehlt

Gesch, Delgrube 15.

Fußboden-Stauböl,
klar und hell,
a Pfd. 7.50
Fritz u. Hermann Dietrich,
Friedrichstr. 16 u. 18.

Von Sonntag, den 28. d. M. ab steht wieder ein großer Transport bestes

ostfriesisches Milchvieh

junge Kühe und hochtragende Färsen

recht preiswert bei mir zum Verkauf.

H. Heydenreich, Crumpa b. Mücheln.

Telephon 39. — Telephon 39.

Ein Transport **frischmilchender und hochtragender**

Kühe

steht von heute, Donnerstag, ab preiswert zum Verkauf bei

Paul Böhlandt, Reichardtswerben.

Fernspr. Weißenfels 534.

Perlstern

Seifenpulver · Waschpulver · Bleichsoda

verbürgt blendend weisse Wäsche

CHEMISCHE WERKE GEBR. SCHULTZ, BERLEBERG GEGR. 1797

Fordern Sie unsere wirklich guten, jetzt friedensmässigen Erzeugnisse in allen einschlägigen Geschäften.

Geschäfts-Eröffnung.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Merseburg sowie meiner werten Milchkundschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich am **Freitag,** den 26. d. M., hier, **Clobikauer Straße 34,** ein

Lebensmittel-Geschäft

eröffne. Durch nur gute Ware und reelle Bedienung werde ich versuchen, jeden zufrieden zu stellen.

Hochachtungsvoll **M. Heinicke.**

Ia reines Mohnöl, Rüböl, Leinöl, Senföl

in kleineren und größeren Posten wird abgegeben.

Umtausch aller Oelsaaten

gegen Oel und Kuchen.

Ernst Felt, Meuschauer Mühle.

Von heute an stehen **junge, schwere, hochtragende u. frischmilchende**

Kühe

(Altmärker Rasse)

sehr preiswert zum Verkauf

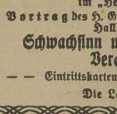
Alb. Beyer, Schkeuditz.

Verein für Leibesübungen.

Sonnabend, den 27. Nov. 1920, 1/8 8 Uhr im „Vereinshaus"

Versammlung.

Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.



Verein zur Hebung der Geflügelzucht für Merseburg u. Umgegend

4. und 5 Dezember: Große

erw. Geflügelausstellung.

Eintritt: Erwachsene Mk. 2.—, Kinder Mk. 1.—.
— Schluß der Anmeldungen 26. November. —

Thüringer Hof.

Freitag, 1/8 7 Uhr großer öffentlicher BALL.

105. Bildungsabend

Sonnabend, den 27. Nov., abends 8 Uhr, im „Herzog Christian":

Vortrag des H. Geheimrat Professor Dr. Ziehen-Halle a. S., über:

Schwachsinn und krankhafte seelische Veranlagungen.

— — Eintrittskarten im „Herzog Christian". — —

Die Leitung der Bildungsabende.

Bergschenke.

Sonnabend, den 27. November, von 7½ Uhr ab

Extra-Konzert und Ball

vom Köthschauer Musik-Chor,

wozu freundlichst einladen

Bühlingen, Musikdirigent. F. Ohme.

Hausschlachten jed. Art wird angenommen
Johann Lisieckt, Fleischer, Sand 13.

Brikett-Fuhren führt sofort aus.
W. Karius, Gartenstraße 15

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201125-14/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ehrenanzeigen u. Nachbestellungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der monatlich erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 267 — Donnerstag den 25. November 1920 — 47. Jahrg.

Gefahren für die Besoldung der Gemeindebeamten.

Von Oberbürgermeister Dr. Külz, M. d. R.

Das Gewissen ist durch den Krieg und durch die Revolution nicht nur bei sehr vielen Menschen weiter geworden, sondern auch bei so manchen Körperschaften des öffentlichen Rechts, bei Staaten, Städten und Gemeinden. Diese Tatsache macht sich auch in der Beamtenbesoldung bemerkbar. Die vom Reich im Besoldungsgesetz angestrebte Gleichmäßigkeit in den Grundzügen der Besoldung aller öffentlichen Beamten wurde von einzelnen Ländern und Gemeinden in skrupelloser Weise durchbrochen. Diese Mißerscheinungen mit all ihren unliebsamen Folgen für die Finanzen des Reiches mußten unbedingt bekämpft werden. Die Regierung versucht dies mit einem soeben im Reichstag in erster Lesung behandelten Gesetz zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung. Der Versuch erweist sich im wesentlichen als ein solcher mit untauglichen Mitteln. Selten ist ein Kind gründlicher mit dem Bade ausgeschüttet worden, als dies hier geschieht. Die Beamtenbesoldungen der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften werden alle in einen Topf geworfen; alles um der lieben „Gleichmäßigkeit" willen in der Besoldung. Dabei wird vollkommen verkannt, daß Gleichmäßigkeit nur dort angestrebt werden kann, wo Gleichwertigkeit vorliegt. Zwischen Reichsbeamten und Staatsbeamten der einzelnen Länder wird diese Gleichartigkeit in weitem Umfange, wenn auch nicht restlos, vorhanden sein; zwischen Reichsbeamten und Gemeindebeamten besteht die mögliche Verschiedenartigkeit. Aus der Verkennung dieser Tatsache kommt das Gesetz zu Folgerungen, die von den schwersten Gefahren für die Gemeindebeamten und die Gemeinden begleitet sein müssen. Wenn je, so wäre es hier nötig gewesen, sich vorher mit den beteiligten Organisationen, mit dem Deutschen Städtetag und dem Reichsbund der Kommunalbeamten in Verbindung zu setzen, die aus ihrer praktischen Erfahrung heraus manchen wertvollen Hinweis für eine zweckmäßige Lösung des Problems hätten geben können. Einer unangemessenen Höherwertung einzelner Kommunalbeamtenstellen, wie sie tatsächlich vereinzelt vorgekommen ist, soll gewiß nicht das Wort geredet werden, aber eine angenehmere Höherbewertung wird in vielen Fällen sich aus der Eigenart des Gemeindedienstes und aus den Bedürfnissen der Selbstverwaltung heraus als eine Notwendigkeit ergeben. Die Gemeindebeamtenstellen müssen viel individueller erfaßt werden, als die Reichsbeamtenstellen. Mit Recht weist darüber hinaus der Vorstand des Deutschen Städtetages darauf hin, daß die Beschränkung und der Mangel einheitlicher Regelung der Anrückungsmöglichkeiten, das Fehlen der beim Staat im weitesten Umfange vorhandenen Versetzungsmöglichkeiten und die Wahl der leitenden Beamten nur auf Zeit, Momente sind, die bei der Bemessung der Gemeindebeamtengehälter nicht ausgeschaltet werden können. Solche Momente aber finden im Schoße der Selbstverwaltung selbst ihre zweckmäßigste Prüfung. Die Zentralisation dieser Prüfung und die Entscheidung durch eine dem kommunalen Leben völlig fern stehende Reichsstelle, wie das Gesetz sie vorsieht, ist nicht nur praktisch völlig undurchführbar, sondern untergräbt unmittelbar die Grundlagen der Selbstverwaltung, da sie die Gemeinden in der Auswahl tüchtiger Beamten zugunsten einer schematischen Gehaltsgleichmacherei beschränkt. Auswüchsen und unangemessen hohen oder niedrigen Gehaltsfestsetzungen gegenüber muß natürlich ein staatlicher Eingriff möglich sein. Am zweckmäßigsten geschieht das dergestalt, daß die Länder Richtlinien für die Gemeindebeamtenbesoldung aufstellen, nach denen die Einordnung der einzelnen Gruppen und Stellen zu geschehen hat. Gegen diese von den zuständigen Gemeindestellen vorgenommene Einstufung steht den Beteiligten sowohl wie der Aufsichtsbehörde ein Einspruchsrecht zu. Über den Einspruch wird von einem paritätischen aus Vertretern der Gemeinde und der Gemeindebeamtenschaft zusammengesetzten Schlichtungskörper in einem landesrechtlich zu ordnenden Verfahren entschieden. So allein wird es möglich sein, etwaigen Auswüchsen zu begegnen, ohne durch eine unnatürliche Gleichmacherei sich in unheilvollen Widerspruch zu setzen mit der Mannigfaltigkeit der Gemeindeorganisationen an und innerhalb der einzelnen Länder.

Deutschland und die Entente.

Eine neue Durchlöcherung des Friedensvertrages.

In dem Friedensvertrag von Versailles ist bekanntlich die Entwaffnung Deutschlands als die Einleitung einer allgemeinen Abrüstung bezeichnet worden. Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß die Ententemächte damit die Verpflichtung übernommen haben, nunmehr auch ihrerseits abzurüsten. Der Völkerbund hat in seiner Genfer Versammlung denn auch eine Abrüstungskommission eingesetzt. Aber es muß den allerschärfsten Protest hervorrufen, wenn jetzt der Vorsitzende dieser Kommission Leon Bourgeois eine Erklärung abgibt, die die Abrüstung der Entente auf den Sankt Nimmerleinstag verschiebt. Herr Bourgeois erklärt, daß erst die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt sein müsse. Er weiß ganz genau, daß das heute schon so gut wie restlos der Fall ist, und um nun nicht sehr bald an die Abrüstung Frankreichs gemahnt zu werden, erklärt er, daß außerdem vier Voraussetzungen erfüllt sein müßten, deren erste lautet: vollständige Ausführung des Friedensvertrages. Da der Friedensvertrag mit Lasten operiert, die selbst in Jahrhunderten nicht getilgt sein können, so ist es eine dreiste Verhöhnung des Friedensvertrages, was Herr Bourgeois hier erklärt. Aber wenn der Völkerbund dieser Auffassung zustimmen sollte, so handelt es sich um einen glatten Bruch des Vertrages. Der anderen Bedingungen, Organisation einer ständigen obligatorischen Kontrolle über alle Rüstungen, Vorlage eines Berichtes der besonderen militärischen Kommission und Austausch aller die militärischen Rüstungen betreffenden Angaben durch alle Mächte, kann sofort entsprochen werden, wenn alle Mächte in den Völkerbund aufgenommen werden und ein dahingehender Beschluß gefaßt wird. Aus den Verhandlungen der Abrüstungskommission geht nicht hervor, wie die einzelnen Delegierten die Ausführungen des französischen Vertreters aufgenommen haben. Es ist aber vielleicht nicht ohne Interesse, zu wissen, daß sich Herr Bourgeois einen Pazifisten nennt.

Der neue Anschlag der Entente auf unsere Flugzeugindustrie.

In der Angelegenheit der Beschlagnahme von Flugzeugen werden, wie wir von gut unterrichteter Seite in Berlin erfahren, erneute Verhandlungen gepflogen. § 201 des Versailler Vertrages enthält die sechsmonatige Frist für das Bauverbot von Flugzeugen, § 202 die dreimonatige Frist für Ablieferung der zu Kriegszwecken hergestellten Flugzeuge. Es ist Deutschland nicht möglich gewesen, in der dreimonatigen Frist die Flugzeuge abzuliefern, und zwar infolge technischer Schwierigkeiten. Die Franzosen stehen auf dem Standpunkt, daß die Frist von drei Monaten noch nicht abgelaufen ist. Eine Frist von sechs Monaten könne erst dann zu laufen beginnen, wenn die erste Frist erledigt ist. Seitens der deutschen Regierung wird dieser Standpunkt jedoch nicht geteilt. Da sogar die Gefahr besteht, daß auch diejenigen Flugzeuge beschlagnahmt werden, die inzwischen neugebaut worden sind, ist von der deutschen Regierung darauf hingewiesen worden, wie die Verhältnisse liegen, und daß eine Verquickung dieser beiden Paragraphen nicht erfolgen darf.

Dessau, 25. Nov. Auf eine Nachfrage bei den Junkers-Flugzeugwerken erfahren wir, daß diesen eine offizielle Mitteilung über die erfolgte Beschlagnahme bisher weder von der Interalliierten Kontrollkommission, noch von den betreffenden deutschen Regierungsstellen zugegangen ist. Es handelt sich bei den 11 Flugzeugen übrigens um einen Sonderfall, den die Interalliierte Luftfahrtkontrollkommission seinerzeit ausdrücklich durch schriftliche Entscheidung als Zivilapparate anerkannt hat.

Der Wortlaut der Ententenote.

Berlin, 25. Nov. Die Note der Interalliierten Luftsicherfahrtskontrollkommission über das Bauverbot von deutschen Flugzeugen vom 16. November lautet folgendermaßen:

Seiner Exzellenz, dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten. Exzellenz! Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit Abschrift eines Beschlusses der Botschafterkonferenz vom 8. November 1920 mit Bezug auf das Spaer Protokoll und die Entscheidung von Boulogne zu übersenden, die sich auf das Bauverbot bezieht, an dem der Bau und die Einfuhr von Flugmaterial in Deutschland beginnen darf. Die Entscheidung von Boulogne vom 22. Juli 1920, welche den Bau und die Einfuhr von Flugmaterial in Deutschland bis zu drei Monaten nach dem Zeitpunkt, in dem Artikel 202 des Friedensvertrages vollkommen ausgeführt ist, verbietet, ist daher noch jetzt in Kraft. Ich bitte, die nötigen Veranlassungen zu treffen, daß alle Beteiligten hiervon Kenntnis erhalten. C. A. Wasermann, Luftkommodore, Vorsitzender der Interalliierten Luftsicherfahrtskommission.

Abschrift: Beschluß betreffend das Protokoll der Spaer Konferenz vom 12. Juli 1920. Es wird entschieden, das Protokoll von Spa vom 12. Juli 1920 für nichtig erklärt zu betrachten und die Entscheidung von Boulogne am 22. Juli 1920 aufrechtzuerhalten.

Die russischen Lokomotivenbestellungen in Deutschland.

Stockholm, 24 Nov. Mit Professor Lomonosow sind fünf russische Eisenbahnfachleute hier angekommen, von denen einige nach Deutschland zur Kontrolle der Eisenbahnbestellungen reisen. Lomonosow hat ferner 20 Stangen Gold im Werte von 60 Millionen Kronen mitgebracht. 40 Stangen hat er in Reval deponiert. Nach Äußerungen Lomonosows kann die Bestellung von 1920 Lokomotiven in Deutschland als perfekt angesehen werden. Der Gegenwert sei russischerseits bereits sichergestellt, außerdem die erste Anzahlung am Montag bewerkstelligt worden.

Abkommen über die Verwertung des auszuliefernden Kriegsmaterials.

Berlin, 25. Nov. (WTB.) Vor kurzem hat die Wiedergutmachungskommission mit der deutschen Reichstreuhandgesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, nach dem dieser Gesellschaft die Verwertung alles Kriegsmaterials überlassen wird, das nach den Artikeln 192 und 202 des Versailler Vertrages der Entente auszuliefern ist. Die Gesellschaft verpflichtet sich danach, diese Güte mit aller Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes zu unterhalten und zu verwerten. Selbstverständlich soll dabei das finanzielle Interesse der Entente gewahrt werden. Es wird die Aufgabe der Reichstreuhandgesellschaft sein, mit diesen Verpflichtungen auch die volkswirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Einklang zu bringen. Die Erlöse daraus werden Deutschland auf das Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben. Zweifelhafte Fragen über die Auslegung des Vertrages werden durch Schiedsgericht entschieden, zu dem jede Partei zwei Vertreter ernennt, die sich über einen Obmann einigen müssen, widrigenfalls dieser von dem Präsidenten des Völkerbundes ernannt wird. Der Vertrag ist für 18 Monate abgeschlossen und verlängert sich um 6 Monate, wenn er nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Deutsch-polnischer Gefangenenaustausch.

Berlin, 25. Nov. Die deutsche und die polnische Regierung verhandeln, wie wir hören, über den Abschluß eines Vertrages über einen Gefangenenaustausch. Dieser Vertrag soll außer den deutschen Staatsangehörigen auch den deutschen Optanten in Polen zugute kommen. Es besteht Aussicht, daß die deutsche Regierung Listen erhalten wird über diejenigen Deutschen, die in den Internierungslagern von Dombie, Wadlin, Ostwiers und der Zitadelle von Warschau interniert sind. In Begleitung eines polnischen Offiziers sollen sodann einige deutsche Herren sich in diese Lager begeben, so daß Aussicht vorhanden ist, daß die internierten Deutschen alle noch vor Weihnachten auf freien Fuß gesetzt werden.

Bulgariens Aufnahme in den Völkerbund vertagt.

Genf, 25. Nov. Die Vollversammlung des Völkerbundes hat sich zwei Tage Ruhe gegönnt; nur die Kommissionen, über deren Tätigkeit der Öffentlichkeit leider stets nur ungenügend und verspätet Bericht erstattet wird, arbeiten. So kann nur aus inoffiziellen Quellen mitgeteilt werden, daß in der 5. Kommission heute das Gesuch Bulgariens behandelt wurde. Der bulgarische Gesandte in Bern ist benommen worden, und, wie verlautet, soll die Kommission beschlossen haben, die Aufnahme Bulgariens bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen, aus zwar unter dem Vorwand, daß Bulgarien noch nicht genügend Garantien für seine „Zuverlässigkeit" gegeben habe. (Der Kommissionsbeschluß bedarf noch der Bestätigung durch das Plenum. D. Red.)

Amerikanisch-japanische Einigung über die Einwanderung in Kalifornien.

London, 25. Nov. Der „Daily Expreß" meldet: Nach langwierigen Verhandlungen über die kalifornische Einwanderungsfrage zwischen den Regierungen von Amerika und Japan hat man sich dahin geeinigt, daß Japan die Einwanderung nach Amerika von nun an absolut einstellt, während den jetzt in Amerika ansässigen Japanern volles Bürgerrecht verliehen wird.

Allgemeiner Preissturz in Frankreich und England.

Paris, 25. Nov. Die Blätter berichten von einer allgemeinen Preisherabsetzung. Der Preis für Wolle gleicht dem von 1917. Zucker kostet 3,74 Franks. Die Preise für Petroleum, Seife, Reis und Kakao sind ebenfalls gesunken.

London, 25. Nov. Die „Daily Chronicle" zählt eine ganze Reihe von Artikeln auf, für die die Preise sehr herabgesetzt worden sind. Die Herabsetzungen werden vom Großhandel bereits durchgeführt, und der Kleinhandel folgt, allerdings etwas langsam nach. Auf dem Getreidemarkt in Selby wurde Mais und Gerste am Montag wesentlich niedriger bezahlt, und zwar um 20 Schilling pro Quadrat. Hafer war um 10, Roggen um 5 Schilling, Kartoffeln um ein Pfund Sterling die Tonne billiger. Für Geflügel wurden 25 v. H. weniger erzielt als in der vorigen Woche. Wichtig ist, daß im Unterhaus bereits mitgeteilt wurde, die Regierung plane die Aufhebung des Nahrungsmittelamtes.

Die Türken gegen den Raubvertrag von Sevres.

Konstantinopel, 25. Nov. (WTB.) Der aus Angora zurückgekehrte Delegierte des Großmufti berichtet: Die Kemalisten seien bereit, über eine Annäherung mit der gegenwärtigen türkischen Regierung zu reden, wenn die Mächte zustimmten, daß der Friedensvertrag von Sevres so gestaltet werde, daß der ottomanische Staat lebensfähig werde.

Weiter wird berichtet, ein Abkommen zwischen den Bolschewisten und den Kemalisten enthält die Verpflichtung, Sowjetrußlands die Kemalistenpartei finanziell zu unterstützen und zwei Armeekorps nach der Türkei zu entsenden. Die Kemalisten verpflichten sich dagegen, den russischen Delegierten zu ermöglichen, den russischen Kommunismus in der Türkei zu fördern.

Die Moskauer „Prawda" meldet, daß Mustapha Kemal Truppen zum Vormarsch an der griechischen Front bereitgestellt habe; er hoffe in Anbetracht der in Griechenland herrschenden Gärungen auf einen Erfolg seiner Unternehmung.

Der Führer der Sinnfeiner getötet.

London, 25. Nov. Reuter meldet aus Dublin: In der Grafschaft Tipperary ist der Führer der Sinnfeiner, Killian Aule, getötet worden. Nach einer Meldung aus Cork ist dort Dienstag abend eine Bombe explodiert, mehrere Personen wurden verwundet, darunter zwei schwer.

Die „Daily Mail" meldet: Die britische Regierung hat außerordentliche militärische Maßnahmen zur Unterdrückung der Unruhen in Irland beschlossen. Drei Kriegsschiffe mit zahlreichen Begleitschiffen und über 6000 Mann Truppen an Bord werden unverzüglich nach Dublin abgehen. — Bei der Beratung im Oberhause über die Homerule-Vorlage teilte der britische Lord-Kanzler mit, daß in letzter Zeit wichtige Dokumente entdeckt wurden, die sich auf die militärische Organisation der irischen republikanischen Armee beziehen.

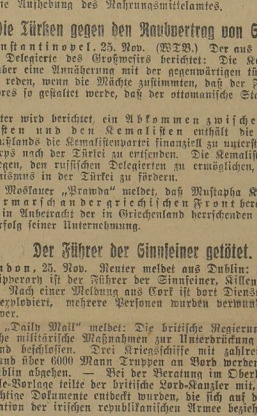
Neuwahlen in Italien.

Basel, 25. Nov. Aus Rom wird gemeldet: Wie in Regierungskreisen verlautet, sind die Neuwahlen zur italienischen Kammer für den Monat März 1921 vorgesehen.

350 000 Tonnen Schiffsraum für Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet:

Auf Grund der Note der Reparationskommission vom 20. Oktober betr. Belassung von 350 000 Tonnen Schiffsraum an Deutschland haben am 20. d. M. in Paris Verhandlungen begonnen, an denen auch deutsche Schiffahrtsinteressenten teilnehmen. Nachdem deutscherseits ausführlich [illegible] worden war, wurden d[illegible] gegenüberliegende Zu[illegible] sage erteilt [illegible]. Die Entscheidu[illegible]



Am [illegible] Maßnahmen getroffen [illegible] im vormaligen Deutsch-O[illegible] Untertanen verbrieben si[illegible]

Polen [illegible] Stimmung

Das [illegible] Lage in Ober-schlesien [illegible] herrsche wuchtende [illegible] ung, daß jenen Deutsch[illegible] ien, das Ab-stimmu[illegible] ichterstatter des Blattes [illegible] ische Bevölkerung auf [illegible] er Abstimmung zu verhin[illegible] Stimmung ungünstigen Tatsachen [illegible] halten, müßten demnach [illegible] ersichtlichen entsandt w[illegible] rt werden, daß Oberschles[illegible] ein Plan der Anarchie [illegible] entsendung von Truppen [illegible] darin bestehen, die Deutsc[illegible] der Abstimmung auch nicht [illegible]

Eine [illegible] Malmedy

Brü[illegible] er Debroukere schreibt in [illegible] Debroukers und Simons" über [illegible] dy, daß Belgien bei [illegible] ungen des Versailler Vertrages [illegible] jedoch an das, was er bereits Anfang 1919 hervorhob, nämlich, daß das im Vertrag vorgesehene Verfahren keine freie Volksabstimmung garantiere und daß es Belgien freistände, eine wirkliche Volksabstimmung abzuhalten. Debroukere sagt, er sei jetzt noch immer überzeugt, daß eine solche Volksabstimmung nicht nur gerecht, sondern auch im Interesse Belgiens wünschenswert sei, da sie durchaus vermeiden würde, daß an der belgischen Grenze ein kleines Elsaß-Lothringen entstehe.

Die „Kontrollposten" der Entente rechts des Rheins.

Berlin, 25. Nov. Am 10. Juni hatte die deutsche Regierung der Botschafterkonferenz eine Note übergeben, in der die Rücknahme der alliierten Militärkommandos in Duisburg, Mannheim und Karlsruhe verlangt worden war, da sie dem Versailler Vertrage widersprechen. Die Botschafterkonferenz hat diese Maßregel nunmehr abgelehnt. Sie behauptet, daß die betreffenden Truppen keine Okkupationstruppen, sondern nur Kontrollposten seien, die auf Grund des Anhanges zur Waffenstillstandskonvention und auf Grund des Artikels 212 des Versailler Vertrages eingerichtet seien,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201125-14/fragment/page=0007